

Sozialdemokrat

Zentralorgan der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Havlíčkovo nám. 32. | Einzelpreis 70 Heller. | Preisbedingungen: Bei Bestellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich 16— Kz., Telefon 6795, nachts 6797. Telegramm-Adresse: Sozialdemokrat Prag. | vierteljährlich 48— Kz., halbjährlich 96— Kz., ganzjährig 192— Kz. Für Deutschösterreich monatlich 120— SK, für Deutschland 18— Mk. | Erscheinung mit Ausnahme des Montag täglich früh. | Postpostamt 57544.

Der Prozeß Rudnay.

Der Prozeß vor dem Brünner Geschworenengericht gegen die des Hochvertrages angeklagten ungarischen tschechoslowakischen Staatsbürger Bela Rudnay und Imre Osztas hat, wie schon berichtet, am zweiten Verhandlungstag, kurz nach Eröffnung der Verhandlung, ein läches Ende genommen. Es war der Staatsanwalt selber, der sich nach den Ergebnissen des ersten Verhandlungstages veranlaßt sah, die Vertagung des Prozesses zu beantragen. Die Vertagung erfolgte mit der Begründung, es sei notwendig, das Beweismaterial gegen die Angeklagten zu ergänzen und ihre Angaben über die Zeugen und die von ihnen bestrittene Echtheit gewisser Gerichtsdokumente zu ergänzen. Aber dazu hatten die staatlichen Behörden ein volles Jahr Zeit, denn die beiden Angeklagten schmachteten vorerst neun Monate in verschiedenen slowakischen Kertern und weitere drei Monate warteten sie auf die Verhandlung in der Haft des Brünner Straßlandesgerichtes, sodaß dem Staatsanwalt die Angaben der Angeklagten nicht unbekannt geblieben sein dürften. Wenn es sich daher auch formell nur um Vertagung handelt, so ist füglich, ohne daß eine Erörterung der Beweismittel zu erfolgen braucht, daran zu zweifeln, daß der Prozeß noch eine Fortsetzung finden wird. Der eine Tag des Prozesses schon enthüllte so furchtbare Dinge, daß die staatliche Macht nun das dringendste Bedürfnis empfinden muß, einer weiteren Bloßstellung auszuweichen und sich wie auch ihre untergeordneten Vollzugsorgane von den schweren, gegen sie erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Das Zeugenverhör war noch lange nicht abgeschlossen, die Urteilsverkündung nicht beendet, aber schon war die Szene zum Tribunal geworden, zum Tribunal über die slowakischen mittelalterlichen Rechts- und Sicherheitszustände und gegen das aus bleicher besinnungsloser Irredentatur geborene Spittelunwesen, dessen Verderbtheit und Verwahrheit nur mit dem altägyptischen Spittelum veranschaulicht werden kann.

Rudnay und Osztas stehen unter der Anklage, in Verbindung mit Agenten des ungarischen Generalstabs eine irredentistische Organisation in der Slowakei zum Zwecke der gewaltsamen Losrennung der Slowakei und Wiederangliederung an Ungarn gegründet zu haben. Inwieweit diese Behauptungen der Anklage richtig sind, muß dahingestellt bleiben, da das Gesetz eine Erörterung und kritische Prüfung der Beweismittel vor abgeschlossener Verhandlung nicht gestattet. Die bisherige Verhandlung hat jedenfalls noch keine Anhaltspunkte dafür gegeben. Aber man kann schon glauben, daß die Angeklagten als Magyaren und frühere Volkszugehörige des ungarischen Staates bislang noch keine begeisterten tschechoslowakischen Staatsbürger geworden sind und menschlich begreiflich ist es auch, daß sie die Losrennung von ihren magyarischen Stammesgenossen, besonders angesichts der Verhältnisse in der Slowakei, schmerzhaft empfinden. In dieser Stimmung werden sich wohl auch die übrigen neun magyarischen Tschechoslowaken befinden, denn sie mit ihrer neuen Heimat zu versöhnen, wurde bisher noch herzlich wenig getan. Diese auch der tschechischen Bürokratie nicht unbekannt gebliebene Stimmung hat sie aber die denkbar unsinnigsten und verkehrtesten Maßnahmen treffen lassen. Anstatt um Vertrauen bei den neuen magya-

rischen Staatsangehörigen zu werben, ließ man die Polizeigewalt gegen sie los und was das in der Slowakei bedeutet, die noch immer ein dunkler Erdteil ist, hat man in diesem Prozeß schauernd erlebt.

Die Anklageschrift stützt sich auf drei Dokumente, die der Polizei in der Wohnung Rudnays in die Hände fielen. Über was Rudnay in seiner Verantwortung über diese Schriftstücke und über die Art, wie sie die Polizei entdeckte, sagte, wirkte gerade sensationell. Die Schriftstücke ließ ein gewisser György Topercu, Sekretär der christlichsozialen Partei, der auch Rudnay angehörte, bevor er dauernd nach Ungarn abreiste, in geschlossenen Briefumschlägen auf einem Blumentisch in der Wohnung Rudnays liegen, ohne daß dieser etwas davon gewußt haben will. Und nun gerade erschien die Polizei und mit verblüffender Sicherheit gingen die erschienenen Agenten auf die Stelle los, wo die Briefe lagen. Diese Agenten waren die Geheimpolizisten Dukes, Südi und Píkal, die sich unter dem Vorwande, ungarische Offiziere zu sein, bei Rudnay einschlichen. Und nun sehen wir uns die Qualität dieser Hüter der Ordnung an! Es wurde ihnen, ohne daß sie zu widersprechen vermögen, in der Verhandlung von den Angeklagten vorgeworfen, daß sie über 2000 Kronen, wertvolle Ringe, Ehrenzeichen und eine goldene Uhr aus der Wohnung Rudnays „mitnahmen“, ohne daß von diesen „beschlagnahmen“ Sachen eine Spur vorhanden wäre! Der Führer dieser Geheimpolizistenabteilung ist der Detektiv Imre Dukes, der, wie er zugibt, während der kommunistischen Herrschaft in Ungarn einer Terrorabteilung angehörte und dort wohl die bestialische Rohheit erwarb, die er nunmehr als Detektiv in tschechoslowakischen Diensten betätigen zu müssen glaubte. Von Dukes erzählt unwidersprochen der Angeklagte Osztas, daß er einmal den an Händen und Füßen gefesselten Lehrer Mikolovic so lange geschlagen habe, bis er ein „Geständnis“ machte. Aus einer Reihe von in der Verhandlung verlesenen Protokollen geht hervor, daß Dukes und andere Detektive in Preßburg Verhaftete in ähnlicher Weise mißhandelten. Einer der Mißverhafteten Rudnays, Dr. Ghapah, wurde auf dem Transporte unmenschlich mit der Peitsche und mit vorgehaltenem Revolver bedroht. Über damit ist die Aufzählung der Taten des Dukes und seiner „Amtsgenossen“ nicht erschöpft. Zu den Mitteln „Geständnisse“ zu erpressen und wohl auch zur Befriedigung bestialischer Lust, zählte folgende Methode: Verhaftete und Zeugen (!) wurden von Dukes und seinen Kollegen so lange am Fensterkreuz des Amtsräume aufgehängt, bis sie sich zu einer Rudnay belastenden Aussage bequemen. Als dem Dukes in der Verhandlung vorgehalten wird, daß er den verhafteten Lehrer Mikolovic mißhandelt habe, erklärt er zynisch: „Wenn ich gewußt hätte, daß das Gericht ihn freilassen und er nach Ungarn flüchten wird, dann hätte ich ihn auf der Stelle niedergeschossen!“ Alles Angeführte stützt sich auf Ergebnisse der Verhandlung, in der auch festgestellt wurde, daß unter den belastenden Schriftstücken sich eine Reihe plumper Fälschungen befinden!

Der Prozeß hat Abgründe aufgezeigt, aus denen derart pestilenzartige Däse aufsteigen, daß die höchsten Stellen im Staate unverzüglich die Notwendigkeit erkennen müssen, daß alles ausgebaut werden muß, Zuständen ein rasches Ende zu bereiten, von denen man glaubte, daß sie nur zu Zeiten der Inquisition möglich waren,

oder höchstens noch irgendwo bei wilden Völkern bestehen. Die im Prozeß vorgebrachte Anklage ist verschwindend klein und unwesentlich gegenüber der furchtbaren Anklage, die dem Prozeß in Wahrheit zugrunde liegt und die sich gegen das System der Gewalt und des Unrechtes richtet.

Enthüllungen über Karls Butsch.

Dr. Graf beschuldigt Horty, Bethlen und die Entente-Kommission in Dedenburg.

Wien, 21. November. (Eigenbericht des „Sozialdemokrat“). Aus Budapest wird gemeldet, daß die Budapester Staatsanwaltschaft heute die gerichtliche Aussage des Dr. Graf an den Immunitätsausschuß der ungarischen Nationalversammlung übersendet hat. Dr. Graf erklärt darin, Horty und Bethlen seien für den Putschversuch Karls verantwortlich. Er (Dr. Graf) sei am Tage vor der Abreise Karls aus der Schweiz in Wien gewesen und hier hat jeder Mann, der mit den Monarchisten in Verbindung stand, gewußt, daß Karl in den nächsten Tagen eintreffen werde. Am Donnerstag, an dem Karl seine Fahrt unternahm, sei Dr. Graf in Dedenburg gewesen und habe dort

den ganzen Tag mit der Entente-Kommission über nichts anderes als über die unmittelbar bevorstehende Reise Karls verhandelt. Niemand wollte anscheinend recht daran glauben. Graf Bethlen hat den ganzen Plan gekannt und in einem Privatgespräch mit Dr. Graf hat er diesen beauftragt, falls Karl wirklich ankommen sollte, den Vermittler zu spielen. Noch am selben Abend wurde Bethlen von der Ankunft Karls verständigt, habe aber bis zum Samstag nichts unternommen, nur so sei es zu der Schlacht bei Uda-Orsz gekommen. Wären Horty und Bethlen sofort energisch aufgetreten, so wäre Karl in Dedenburg geblieben.

Die Budgetdebatte.

Fortsetzung der Spezialdebatte.

In der gestern fortgeführten Debatte über den Staatsvoranschlag befaßten sich die Redner mit den Kapiteln der Justiz, der Innenpolitik und mit dem womöglich noch traurigeren Kapitel der Slowakei. Es schimmerte so wie ein Lichtblitz, als der slowakische Sozialdemokrat Bender auch der deutschen Minderheiten in der Slowakei gedachte, dabei aber jede etwaige Einflusnahme der Deutschnationalen zurückwies, im Bewußtsein, daß nur die deutsche Sozialdemokratie Verus hat, sich der leidenden arbeitenden deutschen Bevölkerung in der Slowakei anzunehmen und daß nur sie soziale Uebelstände nicht zum Deckmantel nationalistischer Zwecke mißbrauchen wird. Von den Rednern unserer Fraktion wurde mit rücksichtsloser Schärfe aufgezeigt, wie reaktionär, wie ganz österreichisch die Rechtspflege und die innerpolitische Verwaltung in diesem Staate gehandhabt wird. Für Polizei und Gendarmerie werden Millionen hinausgeworfen, hunderte werden zu Verbrechern gestempelt, für die aber, die aus sozialem Elend wirklich Verbrecher geworden sind, hat der Staat nur einen Bettel übrig, dort, wo es gilt, aus ihnen wieder nützliche Glieder der Gesellschaft zu werden. Sonst aber ist in der tschechoslowakischen Republik alles in bester Ordnung. Minister Udrzal stellte gleich zu Anfang seiner Rede fest, daß wir keinen Militarismus hierzulande kennen. Denn daß er dann mit dem Bedürfnis nach hunderttausenden Kadres endete, ist ja nur eine kleine Inkonsequenz, die nur jene nicht begreifen können, die sich glücklich preisen,

daß hier ein getreues Kontingent des französischen Militarismus geschaffen wird.

Präsident Tomasek eröffnet um 1 Uhr 20 Minuten die Sitzung. Der erste Redner, Abg. Schubert (Bund der Landwirte) spricht über die Ungleichheit und Unsicherheit der Justiz, die sich in den Dienst der jeweils herrschenden politischen Strömung stellt. Er fordert die Beseitigung der Militärjustiz, Pressefreiheit und die Aufhebung des Budgetpatents, beschwert sich über die sich immer und immer wiederholenden Denkmalsstürze und verlangt die volle Einlösung der Kriegsanleihe.

Abg. Dr. Patejdl (tschech. Nat. Soz.) wehrt sich entschieden dagegen, daß die Republik zur Mitbezahlung der Hofhaltung der Habsburger herangezogen werde. Ein großer Teil seiner Ausführungen ist den Verhältnissen in Karpathen gewidmet. Dort mögen die Wahlen in die Gemeinden und die ergänzenden Wahlen ins Parlament ehestens durchgeführt werden. Die Justizadministration möge ihre Aufmerksamkeit auf den ungenügenden Richter Nachwuchswachsend lenken. Die Rede klingt in eine Fürsprache für die Interessen der Legionäre aus.

Justiz im alten Geis.

Ueber die stiefmütterliche Behandlung der Rechtspflege, über die ganz unzulängliche Würdigung des Justizbudgets im Staatsvoranschlag spricht dann

Abgeordnete Genossin Blatny

Das Justizbudget ist im Staatsvoranschlag sehr schlecht weggekommen. Dies kann direkt dazu führen, daß die ganze Justizmaschine zum Stillstand kommt. Wenn das verhindert werden soll, muß der Justiz zum Richteramt dadurch erleichtert und verstärkt werden, daß die Richter materiell besser gestellt und vollkommen unabhängig gemacht werden. Die Uebelstunden-Beschuldigungen, mit denen es die Regierung versucht hat, sind ein

unausgeglichen und ungenügendes Mittel, das verbitternd gewirkt hat, weil sie als Almosen empfunden würden. Wir verlangen eine bessere Beseitigung der Richter in Form von fixen Zulagen zu den Gehältern. Die Konfiskationspraxis, die sich von Tag zu Tag vergrößert, die Kommunistenverfolgungen, die Hochverratsverbrechen und ihre Begleit- und Folgeerscheinungen erschweren noch den schleppenden Gang der Geschäfte, vor allem aber erschüttern sie schwer das Rechtsbewußtsein des Volkes. Zeitlich die Rechtspflege in Widerspruch zu dem natürlichen Empfinden des Volkes, so wird sie nicht mehr als Recht, sondern als Unrecht empfunden und verliert dadurch ihre wichtigste Voraussetzung: das öffentliche Vertrauen. In einem solchen Zustande befinden wir uns. Die Dezemberereignisse haben den verfolgten Kommunisten hunderte Jahre Freiheitsstrafen gebracht, die Schwurgerichte, die vielleicht mildere Urteile hätten über können, waren im ganzen Reiche suspendiert und die Ausnahmegerichte wüteten mit brutaler Gewalt. Nun hat man endlich „Amnestie“ gegeben in einer Form, die neuerlich erbitternd wirkt. Man gewährt „Freiheit“, aber demüht die Betroffenen, indem man von ihnen ein Bittgesuch verlangt. In diesem Zusammenhang verlangen wir, daß die Regierungsvorlage über die Haft der politischen Flüchtlinge, die doch in den Ausschüssen schon längst durchberaten wurde, endlich in Verhandlung kommt.

Der Zweck jeder gesetzlichen Bestimmung ist der Schutz und die Erhaltung der Gesellschaft. Durch das Strafrecht sind jene Güter geschützt, die nach der herrschenden Auffassung im Zeitpunkt der Erlassung des Gesetzes besonders schutzwürdig sind. Die Strafe kann und darf daher niemals vom Gesichtspunkte der Vergeltung betrachtet werden, sondern nur vom Gesichtspunkte der Verhinderung von Uebertretungen der gesetzlichen Bestimmungen. Die Strafdrohung soll nur als äußerstes Mittel eintreten. In einer im sozialen Geiste gut organisierten Gesellschaft wird die Notwendigkeit der Anwendung des Strafrechts zum selbstsam Ausnahmefalle werden. Freilich wohl werden psychische Anlegen, werden menschliche Leidenschaften auch in diesem Zusammenhange immer eine Rolle spielen. Aber der

Haupturheber aller Straftaten ist das soziale Elend.

Wir sind unlängst in tschechoslowakischen Gefängnissen gewesen und haben zu unserem Entsetzen gefunden, daß diese Gefängnisse von jugendlichen, fast knöcheligen Verbrechern überfüllt sind. In Pankraz zum Beispiel, das in seiner Jugendabteilung einen Betrag von 110 Personen vorrät und im Frieden einen Betrag von 130 Personen hatte, ist jetzt von 436 jugendlichen belegt. Das ist eine der Folgen der stillen Verwahrlosung und der sozialen Not im Kriege. Die väterliche Zucht fehlt und die Mütter hatten nicht Zeit, sich mit der Erziehung ihrer Kinder zu befassen, da auf ihnen die ganze Schwere des Erwerbslebens lastete. Wenn wir die soziale Not weggeschaffen könnten, hätten wir eine Strafdrohung nicht mehr nötig. Neben dem Prinzip der Vergeltung wurde vielfach auch noch das Prinzip der Abschreckung als leitendes Prinzip im Strafrecht angesehen. Mit der Verwerfung des Prinzips der Vergeltung und mit der Herabminderung des Prinzips der Abschreckung auf das notwendige Maß, fällt auch die Todesstrafe, deren Abschaffung wir eben beantragen. In der Todesstrafe kommt das Prinzip der Vergeltung, der Rache am kräftigsten zum Ausdruck. Daß sie aber als Abschreckungsmittel unwirksam ist, das lehrt uns vor allem die Kriminalgeschichte des Mittelalters, die trotz der barbarischsten Strafen die meisten Verbrecher aufweist. Aber wir sehen, daß auch heute in den vielen Staaten, wo die Todesstrafe abgeschafft wurde, die Zahl der Verbrecher nicht größer wurde und daß sich umgekehrt diese Zahl dort nicht gemindert hat, wo die Todesstrafe wieder eingeführt wurde. Die Todesstrafe hat also überhaupt keinen Einfluß auf die Zahl der Verbrecher. Ja, dem politischen Verbrecher gibt die Todesstrafe noch die Garantie des Narkotizismus, sie wirkt nicht abschreckend, sie ist vielmehr ein Anreiz für soziale Menschen.

Traurige, beschämende Zahlen.

Unter den kleinen Zahlen des Justizbudgets sind 10.500 Kronen für „gerichtlichen Jugendschutz“ ausgewiesen. Das ist die Summe, mit der der Staat sich seiner Verpflichtung erledigt, vernachlässigten Kindern fürsorglich zu helfen! Eine ähnliche Summe, 20.000 Kronen, sind als Subventionen für den Verein entlassener Sträflinge ausgewiesen. Dieser Verein hat schon sehr viel Gutes gewirkt. Aber er ist ein privater Verein mit beschränktem Mitteln. Es ist Pflicht des Staates, den Entlassenen weiterzuhelfen, ihre Wiedereingliederung in die Gesellschaft fürsorgend zu vermitteln.

Die „großen“ Zahlen.

115.000 Kronen sind für den Unterricht in den Gefängnissen ausgewiesen. In dieser verhältnismäßig kleinen Summe ist auch noch die Summe für die Zellensorge enthalten, die wir schon im letzten Jahre beantragt haben, weil sie nicht selbständig ausgewiesen ist. Gerade auf dem Gebiete des Unterrichtswe-

Streik an der Wiener Börse wegen der Börsensteuer.

Die österreichische Regierung hat dem Nationalrat einen Gesetzentwurf vorgelegt, wonach die Besucher der Effektenbörse monatlich hundert Goldkronen zu zahlen haben, worauf sie einen Eintrittsschein zur Börse erhalten. Ohne den Eintrittsschein wird niemandem der Zutritt zur Börse gestattet. Der Finanzminister kann den festgesetzten Betrag in einzelnen Fällen ausnahmsweise ermäßigen oder von dessen Bezahlung befreien, wenn die Erträge der bereisenden Person durch die Leistung der Abgabe in Frage gestellt wird. Als gestrichelt die Wiener Börse geöffnet wurde, kam es zu lärmenden Demonstrationen gegen das geplante Gesetz. Es wurde beschlossen, sämtliche Büros der Banken, Börsenkonkurs und Wechselstuben zum Zeichen des Protestes zu schließen. — Wir glauben, der Streik der Börsenbesucher wird nicht lange dauern, weil diese kaum auf die enormen Gewinne, die ihnen die an der Börse abgeschlossenen Geschäfte eintragen, verzichten werden.

in den Gefängnissen könnte der Staat viel für die Gesellschaft leisten, er sollte den Entlassenen berufliche und andere Kenntnisse vermitteln, damit sie wieder draußen nicht rücksichtslos werden müssen. Kleinlich ist der Standpunkt der Genossenschaften, welche den Strafanstalten, die für berufliche Vorbildung sorgen, das Recht nicht zuerkennen, vollständige Zeugnisse auszustellen.

Die Strafhäuser als Einnahmequellen.

Interessant sind auch die Einnahme- und Ausgabequellen unserer Strafhäuser. Im Jahre 1922 werden wir Einnahmen von 11.568.000 Kronen haben, im Jahre 1921 hatten wir 2.371.000 Kronen. Die Ausgaben im Jahre 1922 betragen 30.640.000 Kronen, die Ausgaben im Jahre 1921 17.793.000 Kronen. Wenn das in diesem Tempo weitergeht, werden wir an unseren Strafhäusern binnen einem Jahre schon eine lukrative Einnahmequelle besitzen. Aber die leitenden Beamten in den Strafhäusern sind von administrativen Geschäften erdrückt, es bleibt ihnen kaum die Zeit, sich um die Behandlung der Gefangenen zu kümmern. Dies aber wäre eine viel bessere Kapitalanlage, so könnten der Gesellschaft viele als nützliche Mitglieder zurückgegeben werden. Wir haben ja mancherlei von Reformplänen gehört. Das „Proger Tagblatt“ brachte unlängst einen Artikel, der Reformen vorschlägt, wie wir sie uns schon nicht wünschen konnten. Der Artikel führte den Titel: „Ein neuer Geist in unseren Gefängnissen“. Wir haben von diesem neuen Geist in den Gefängnissen nichts gefunden. Aus den trodenen, aber die Wahrheit sprechenden Zahlen des Budgets spricht kein neuer Geist, sondern der alte Geist der Konfiskationspraxis, der Kommunistenurteile, der Hochverratsverbrechen. Es ist der alte Geist des kapitalistischen Klassenstaates, dessen Regierung wir das Vertrauen nicht votieren.

Abg. Rostk (tsch. Agr.) fordert eine rasche Durchführung der Bodenreform, gegen welche der Adel geheim agitiert. Er protestiert gegen das Zerreißen des zusammenhängenden Waldbestandes. Wenn Wälder enteignet würden, möge es aus nationalwirtschaftlichen (!) und strategischen (!) Gründen in den Grenzgebieten geschehen.

Abg. Rajman (tsch. Gewerbetriebe) wünscht, daß in den ausländischen Geschäftskreisen und Konsulaten der Republik Ausstellungen unserer Erzeugnisse veranstaltet würden. Der Redner wendet sich gegen den am Lande betriebenen legitimen Handel, wünscht ein starkes, nationales Heer und verweist auf die schlechten militärischen Verhältnisse in der Slowakei und auf die Mißbräuche, die mit militärischen Lieferungen getrieben werden.

Wir kennen keinen Militarismus — wir brauchen hunderttausende Kadets.

Um die in der Debatte vorgebrachten Einwände gegen das Militärbudget zu widerlegen, erklärt

Minister Udrzal,

daß die Mobilisierung nicht nur zur Konsolidierung Mitteleuropas, sondern auch zur Hebung des Ansehens der Republik beigetragen habe.

„Wir kennen keinen Militarismus“,

sagt Udrzal. Denn die Armee ist ein Teil der Nation. Aber wir brauchen eine vollkommene Wehrmacht, da die Republik noch viele äußere und innere Feinde hat. Die von deutscher Seite vorgebrachten Vorwürfe wurden auf einmal widerlegt und aufgefälscht. Ueberrascht haben nur jene tschechischen Reden, die als Sensation Dinge anführen, welche bereits gerichtlich untersucht wurden. Unzulänglichkeiten sind da, aber es ist verwunderlich, daß die regierungsfreundlichen Parteien gegen die eigene Tendenz solche Kritik üben.

Die französische Mission,

gegen die bei der Erörterung jeder Militärvorlage immer wieder die Angriffe erneuert werden, daß in ihrer begonnenen Arbeit nicht gestört werden. Zeitweilig bestanden nur zwei Möglichkeiten: entweder militärisch erprobte Fachmänner aus den Reihen der Siegnationen zu berufen, oder die Armee dem Militärischen Experimentes anzuschließen. Die Regie-

rgänzend wird gemeldet: Als gegen 12 Uhr mittags die Versammlung der Warenbörse beendet war, strömten die Streikenden in den Saal mit der Barock, die Schranken zu besetzen. Die Senfale weigerten sich auf das entschiedenste, ihre Arbeit gänzlich einzustellen. Als die Senfale nicht freiwillig nachgaben, kam es stellenweise zu Tätlichkeiten. Es wurden die Schranken gestürzt und die Senfale von ihren Plätzen gedrängt und die Schranken blockiert. Inzwischen hatte die Börsenkammer ihre Sitzung abgehalten und ihre Beschlüsse gefaßt. Die Börsenkammer erklärte dann dem Komitee der Börsenbesucher, daß sie sich mit den Wünschen der Börsenbesucher vollkommen solidarisch fühle. Die Börsenkammer und das Komitee der Börsenbesucher haben einstimmig beschlossen, daß jedes Geschäft zu ruhen habe. Namens der Banken erklärte Börsenmitglied Weich, daß sich die Banken dem Vorgehen der Börsenbesucher anschließen.

Die französische Mission hat sich zu Beginn des Jahres 1919 einstimmig entschlossen, erprobte Fachleute des verbündeten Frankreich zu berufen. Denn diese atmen den republikanischen Geist einer uns nahen Nation. Mit fester Hand nahm sich die französische Mission der Ordnung unserer militärischen Angelegenheiten an und hat sich in der Geschichte der Entwicklung unseres Heeres und der ganzen Republik eine der hervorragendsten Stellen erworben. Die Sagen der Mitglieder der französischen Militärmision hängen nicht so sehr von der Militärdirektion und von der französischen Mission, als von den Balutankriegszeiten ab. Aber die Mission behält kein einziges ihrer Mitglieder an führender Stelle auch nur um einen Tag länger, als bis es sich zeigt, daß diese Funktion ein tschechoslowakischer Offizier übernehmen kann. Die französische Republik hat durch ihr Geschenk von 115 Flugzeugen zur Entwicklung unserer Wehrmacht sehr beigetragen, denn diese sind die Grundlage unseres Flugparkes geworden. Wir haben in Frankreich noch heute 40 Flugzeuge angekauft, das Stück zu 50.000 Kč, obwohl es in Wirklichkeit einen Wert von ca. 370.000 repräsentiert. Die Tätigkeit der französischen Mission bei uns darf nicht von dem heutigen kleinlichen Standpunkte, sondern von dem weiten Gesichtspunkte des Interesses unseres Heeres und der Wohlfahrt des ganzen Staates angesehen werden.

Bezüglich des Friedensstandes der Armee kam die Nationalversammlung auf 150.000 Mann überein. Niemand von denen, denen die militärische Verwaltung anvertraut ist, wird es wagen, freiwillig diese Grenze herabzusetzen, denn wir leben in einer Zeit, wo niemand weiß, ob er nicht gezwungen sein wird, vor dieser Nationalversammlung und dem ganzen Volke sich zu verantworten, daß eine ungenügende Zahl der Mannschaft nicht gut für die Verteidigung des Vaterlandes vorbereitet war. Bis die Republik ihre hunderttausende Kadets geübter Reserven, bis sie ihre gesetzmäßig festgelegte körperliche Erziehung, bis sie die Vorbereitung militärischer Ausübung durchgeführt hat, bis auch eine Reihe politischer und moralischer Voraussetzungen erfüllt sein werden, welche die Wehrmacht des Staates allein bilden werden, dann wird es möglich sein, den Stand der ausgebildeten Rekruten herabzusetzen. Es ist durchaus unmöglich, daß die Armeeargumentation und das Kontingent der Wehrpflichtigen nur vom Standpunkte fiskalischer Ersparnisse beurteilt werde. — Zum Schluß stellt der Minister fest, daß die Regierungsmitglieder ihre Verwaltungsstellen, so weit sie welche besaßen, zurückgelegt haben.

Abg. Vanda (Slowake, tsch. Soz.-Dem.) fordert den Kampf der Republik gegen die slowakischen Reaktionen, Kapitalisten und Großgrundbesitzer. Er rügt es, daß die slowakischen Arbeiterfinder keine geeigneten Schulen haben. Er wendet sich gegen die slowakische Staatspolizei, vor allem gegen die Hochverratschüsse des Ministerialrates Slavitschek und des Polizeidirektors in Kaschau, Dr. Klima.

Abg. Darula (Slowake, Kommunist) tritt für eine Besserung der Lage der slowakischen Eisenbahner und Lehrer ein. Er protestiert gegen die Einschränkung der Versammlungsfreiheit, gegen die ungerechte Konfiskationspraxis und gegen die Aufrechterhaltung des Standrechtes in der Slowakei.

Abg. Rostk (Slowake, tsch. Agr.) singt einen Hymnus auf die Armee.

Abg. Dr. Lufschla (d. Christl.-Soz.) wendet sich dagegen, daß das Budget den Deutschen in tschechischer Sprache präsentiert wird. Er beklagt sich über die Rechtslosigkeit der Deutschen im Hultschiner Land.

Abg. Brusobsky (Slowake, tsch. Nat.-Soz.) erklärt, dieser Staat werde sich auch gegen den Willen der verbündeten Deutschen und Magyaren halten.

Welken Treiben ist staatsgefährlich?

Zum Budget des Ministeriums des Innern sprach dann

Abgeordneter Genosse Hänsler,

der die „demokratische“ Innenpolitik einer überaus scharfen Kritik unterzog. Alle Anträge,

die wir bei der Debatte über das vorjährige Budget stellten, damit die unhaltbaren Zustände in der Republik beseitigt werden, wurden damals abgelehnt, die Verhältnisse sind seitdem schlechter anstatt besser geworden. Der frühere Ministerpräsident und jetzige Minister des Innern hat bei seinem ersten Amtsantritt in einem Erlaß an die Beamtenchaft unter anderem die Worte gebraucht, daß die Behörden bei ihren Amtshandlungen vom Geiste der Demokratie durchdrungen sein müssen. Wie sieht diese Demokratie in der Praxis aus? Das Vereins- und Versammlungsgesetz wird in einer Weise gehandhabt, wie es im alten Oesterreich nicht einmal in der Kriegszeit der Fall war. Die Bezirkshauptleute verlangen, daß gewöhnliche Vereinsversammlungen drei Tage vorher angemeldet werden. In den Versammlungen selber sind Spittel anwesend, deren bloße Anwesenheit genügt, einen Redner in den Anklagezustand zu versetzen. Auflosungen, „staatsgefährlicher“ Vereine sind an der Tagesordnung. Neuerrichtungen von Vereinen, von bloßen Tischgesellschaften, werden willkürlich verboten, die schrankenlose Konfiskationspraxis nimmt immer mehr überhand. Selbst Interpellationen von Abgeordneten werden konfiszieren Angesichts solcher Ungeheuerlichkeiten muß man sagen, daß die Beamten unter Duldung der Regierung es sind, welche ein staatsgefährliches Treiben führen. Ja

Mitglieder der Regierung selber verletzen die Verfassungsgeetze,

denn — wie wir vernahmen — befehlen die Minister Udrzal und Stanek noch immer Verwaltungsratsstellen (Minister Udrzal: „Das ist nicht wahr. Ich habe meine Stellen schon zurückgelegt.“) Redner verlangt genaue Aufklärung in dieser Sache und zeigt dann an Hand reichen Zahlenmaterials, wie die Regierung Millionen hinauswirft, um die Polizei- und Gendarmeriegewalt zu stärken, wie namentlich in der Slowakei und Karpathenland nach dem Budget für das Jahr 1922 die Ausgaben für Polizei und Gendarmerie ins Angeheuer wachsen. Geradezu unerhört aber sind die Zustände, die im schlesischen Gebiete herrschen. Im Hultschiner Ländchen haben bis heute noch keine Wahlen in die Gemeinden und in die Nationalversammlung stattgefunden. In Friedeck, wo die deutschen Mitglieder aus der Verwaltungskommission austraten, hat man einfach, anstatt Wahlen auszuscheiden, eine rein tschechische Verwaltungskommission ernannt. Die

Regierung kennt die Willkürherrschaft,

die nun dort herrscht, aber sie tut nicht das Geringste, um sie zu beseitigen. In Böhmen wiederum haben die Deutschen bis heute noch keinen Vertreter in der Landesverwaltungs-Kommission. In der mährischen Verwaltungskommission sind die deutschen Sozialdemokraten ohne Vertretung, obwohl sie die stärkste Partei Mährens sind. Von der Durchführung der Kreisenteilung, die bereits in der Verfassung festgelegt ist, ist überhaupt keine Rede. Die Regierung greift nur dort ein, wo es gegen die Deutschen geht. Anlässlich der Volkszählung wurde eine große Anzahl deutscher Gemeindevorsteher in den Anklagezustand gesetzt, weil sie zur selben Zeit einen Kataster als Grundlage für die gesetzlich vorgeschriebene Errichtung von Gemeindebibliotheken anlegen wollten. Die tschechischen Mitglieder der Zählungskommissionen aber, die sich große Willkürlichkeiten erlaubt haben, blieben ohne Strafe. Als letztes Beispiel für den demokratischen Geist, der in der tschechoslowakischen Republik herrscht, führt dann Genosse Hänsler das Weiterbestehen des Prügelpatentes an, auf Grund dessen die Behörden ihr Polizeiregiment ungehindert walten lassen können. Einer Regierung, die weder den Willen, noch den Mut besitzt, diesen unhaltbaren Zuständen ein Ende zu machen, können wir kein Vertrauen entgegenbringen, können wir auch kein Budget bewilligen.

Darauf sprechen Abg. Bahala (tsch. Agrarier) und Abg. Underco (tsch. Christl.) welcher sich über das Vorgehen Italiens in der Burgenlandfrage beklagt.

Darauf wurde die Debatte über die Gruppe (Finanzen) eröffnet, welche folgende Kapitel enthält: Finanzministerium, oberstes Rechnungskontrollamt und Pensions- und Versorgungsgesetze. Als erster Redner spricht Abg. Kostka (d. dem. Frp.), der beweist, daß der Staatsvoranschlag eine Gesamtsumme von 7.6 Milliarden aufweist, und daß sich die Gesamtausgaben dann auf nicht weniger als 26½ Milliarden belaufen, was durchschnittlich 2000 Kronen pro Kopf beträgt. Daraus ergibt sich, daß der Staat zweifellos über seine Verhältnisse lebt.

Abg. Svoboda (tsch. Soz.-Dem.) mahnt zur Vorsicht wegen des in anderen Staaten maßlos erhöhten Notendrudes.

Die nächste Sitzung findet heute um 1 Uhr nachmittags statt.

Eine Jubelfeier.

Fünfundzwanzigjähriges Gründungsfest des Vereines deutscher Arbeiter in Prag.

Sonntag, den 20. ds., beging der Verein deutscher Arbeiter in Prag sein 25jähriges Gründungsfest. Nachmittags fand aus diesem Anlaß im Neuen deutschen Theater eine Auf- führung der komischen Oper „Die lustigen Weiber von Windsor“ statt, über die wir weiter unten berichten. Der Abend vereinigte die Festgäste und Delegierten aller nahestehenden Organisationen und Verbände im geräumigen Saale der Urania, der bis auf letzte Plätze gefüllt war. Es herrschte die herzlich-freudige Stimmung eines schönen Familienfestes. Genosse Lammer eröffnete als Obmann des Vereines den Abend durch eine kurze Ansprache. Er gedachte mit Dankbarkeit des ersten Kommanoes, Genossen Hermann Stolz und anderer Förderer; er wies auf die Verdienste des Genossen Deutsch hin, der durch zwanzig Jahre hindurch seine besten Kräfte dem Gedeihen des Vereines gewidmet und die Arbeiter- Vorstellungen und Arbeiter-Kunstabende ins Leben gerufen hat. Die Sängerriege „Gutenberg“ des Klubs deutscher Buchdrucker in Prag eröffnete den Reigen der künstlerischen Darbietungen mit dem von Professor Pitschmann vorzüglich dirigierten Begrüßungschor „Am Mare der Wahrheit“. Ueber die Fülle der nachfolgenden erlesenen Kunstgenüsse gibt es nur ein Wort zu sagen: es war alles schön und erhabend und ließ uns den grauen Alltag vergessen. Daß der Abend so eindrucksvoll ver- lief war nicht nur ein Verdienst der Künstler, auch die Mitverständigen und dankbarer An- dacht das Götter in sich aufnahmen und da- durch, erst jene geistige Atmosphäre schufen, die der darstellende Künstler braucht, um seine ganze Seele im Kunstwerk zu offenbaren, um sein Bestes aus sich herauszuholen. Wahrlich, die enterbten Proletarier, verständnisvoll an- geleitet, sind ebenso kunstfähig und vielleicht kunstverständiger Publikum als die blasierten und überfälligen oberen Zehntausend, die oft Kunstabende zu einer Modenschau und zum Ge- sellschaftsstraßch deklassierten. Genosse Dr. Kleinberg hielt die Festrede. Er wies darauf hin, daß Bildung und Wissen, deren Besitze sich der Verein deutscher Arbeiter be- sonders angeeignet läßt, erst den Menschen zum wirklichen Menschen, aber auch zum Klassenbewußten erfolgreichen Kämpfer für die Ideen des Sozialismus machen. Auch der Ar- beiter, und insbesondere der Arbeiter, müsse an den kulturellen Gütern der Menschheit, das ist die Pflege der Kunst, der Musik, der Dich- tung Anteil haben, denn diese sind es, die das Leben mehr als alle materiellen Genüsse ver- schönern und lebenswert machen. Der Prager Dichter Friedrich Adler begrüßte und be- glückwünschte den deutschen Arbeiterverein im Namen der Urania. Die deutschen Arbeiter Prags mögen auch fürderhin aus den so reich- lich sprudelnden Bildungsquellen der Urania schöpfen! Otto Soltan trug Wilbenbruchs „Jung Dlaf“ melodramatisch vor. Seine reich- ten künstlerischen Mittel und sein Verständnis für die wirkungsvolle Dichtung zwangen al- len Zuhörern innige Teilnahme ab. Fräulein Annelie Bartfeld, von Fräulein Heller- Sadrecka diskret am Flügel begleitet, gab mit technischer Vollendung die schwierigsten Violin-Piecen wieder. Als sie bei neuerlichem Auftreten auch noch vollstümliche Kunst — Dvoraks „Slawische Tänze“ — mit reichem Gespül brachte, erreichte der ihr gependete Beifall seine Höhepunkte. Die Herren Kri- ener, Bruh und Frau Zicha-Göhl trugen mit ihren Liedern nicht wenig zum Ge- lingen des Festes bei. Der Konzertmeister des deutschen Landestheaters Herr Heller erwarb durch unermüdete und wahrhaft künstlerische Begleitung am Flügel stürmischen und wohlverdienten Beifall. Der Schläger aber war Frau Pepi Kramer-Glöckner. Trotz ihres angeleglichen Lustrentenlärchs rissen ihr Naturell und ihr Künstlerart, das ins- besondere meisterlich humoristische Töne findet, alle mit sich. Nicht endenwollender Beifall lohnte ihre glänzenden Leistungen. Der deut- sche Arbeiterverein Prags ist, wie Genosse Dr. Kleinberg ausführte, ein von Stürmen um- tostes Eiland. Student und Arbeiter bebauen in gemeinsamer Arbeit diese Insel, der den Weg zum Sozialismus zeigen will und kann.

Die lustigen Weiber von Windsor.

Kann man sich eine bessere Unterhaltung für den Sonntag Nachmittag denken als eine Auf- führung von Nicolais jugendfrischer Lustspiel- oper? Immer wieder hört man Nicolais lustige Weisen mit Vergnügen. Man verzeiht ihm gerne sein gelegentliches Hinüberschießen zu Meber- beer, dem die einst so dankbaren, heute aber feinsinniger mehr gereinigten, heute aber koloraturverbrämten Spioletten am Schluß der Duette zu verdanken sind. Für eine Arbeitervor-

stellung sind Opern dieser Art jedenfalls wie ge- schaffen. Freilich können sie nur dann ihre Wir- kung tun, wenn sie nicht als Repertoirevorstellungen rasch herausgeworfen werden, wie das leider allerorten üblich ist, sondern wenn sie sorgfältig einstudiert und gut inszeniert werden. Von einer Sonntagnachmittags-Vorstellung pflegt man im allgmeinen nicht viel zu erwarten. Umso ange- nehmer war man diesmal überrascht, einer recht flott und wohlgeklungenen Aufführung beizu- wohnen, die sorgfältig vorbereitet war und ne- ben guten Trägern der feineren Rollen eine würdige Besetzung der Solopartien aufzuweisen hatte. In erster Linie muß da die entzückende Frau Pluth (Maria Gerhart) erwähnt werden, der in Paula Sommer eine ebenbür- tige Partnerin zur Seite stand. Die Partie des Hallstaf gab Herr Sterned reichlich Ge- legenheit, seine oft erwiesenen Qualitäten als Vaß-Buffo ins rechte Licht zu setzen. Herr Kapellmeister Palko, der die musikalische Leitung innehatte, machte sich besonders verdient durch die wohlgeklungene Wiedergabe des früher meist gestrichenen Schlußquintettes im 2. Akt. I. B.

Streifzüge durch das Budget.

Es ist von Interesse festzustellen, wie die einzelnen Kapitel des Staatsvoranschlages für 1922 an der Erhöhung gegen das vor- jährige Budget partizipieren: 1. Präsident der Republik 200%, 2. Kanzlei des Präsi- denten der Republik 85%, 3. Nationalver- sammlung 6%, 4. Oberster Verwaltungs- gerichtshof 11%, 5. Oberstes Kontrollamt 30%, 6. Länderzuweisungen 550%, 7. Staatsschuld 92%, 8. Pensions- und Ver- sorgungsgehälter 65%, 9. Ministerratsprä- sidium 30%, 10. Ministerium des Inneren 61%, 11. Nationale Verteidigung 33%, 12. Inneres 30%, 13. Unterricht 87%, 14. Finanzen 10%, 15. Handel 12%, 16. Post 24%, 17. Eisenbahn 30%, 18. Land- wirtschaft 104% (Bezeichnend für den Ein- fluß der Agrarier!), 19. Justiz 24%, 20. Öffentliche Arbeiten 4%, 23. Gesundheit 70%, 24. Uebervirtschaft 106%. Nur zwei Kapitel weisen nicht eine Ausgabenver- mehrung, sondern eine Verminderung auf; es sind dies bezeichnenderweise Kapitel 21. Soziale Fürsorge — 5,6% und Kapitel 22. Ernährung — 23%.

Um er rechnen zu können, wie die einzel- nen Kapitel am Gesamtbudget partizipieren, muß man zunächst die Grundlagen zu einem Vergleich mit dem Vorjahr herstellen, d. h. gewisse Posten weglassen. Man erhält dann folgendes Resultat: Ministerratsprä- sidium 1,32%, Inneres 1,70%, Natio- nale Verteidigung 18,40%, Finanzen 3,30%, Schule 4,40%, Finanzen 10%, Handel 0,12%, Post 5,1%, Eisen- bahn 27,2%, Landwirtschaft 3,5%, Justiz 1,55%, Öffentliche Arbeiten 6%, So- ziale Fürsorge 3,8% und Gesund- heit 0,86%.

Sehr lehrreich ist es auch, das Budget für 1921 zuzüglich des vor einigen Ta- gen vorgelegten Nachtragsbudgets dem Budget für 1922 in den wichtigsten Kapi- teln gegenüberzustellen. Es ergibt sich dabei folgendes Resultat: Zählt man die wich- tigsten Kapitel des Budgets für 1921 und des Nachtragsbudgets zusammen, so ergibt sich eine Summe von 12.739.941.744 Kro- nen. Für dieselben Kapitel sind im Budget für 1922 bloß 11.096.303.313 Kronen prä- liminiert, was also einer Ersparnis von 1.643.638.431 Kronen gleichkommt. Diese Ersparnis wird wahrscheinlich in Wirklich- keit nicht gemacht werden, weil wir wohl in einem halben oder dreiviertel Jahren zwei- fellos wieder ein Nachtragsbudget vorge- legt erhalten werden, in dem sich die Fi- nanzverwaltung wohl in die stichtgebundene Mobilisierung berufen wird. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß das enorme Nachtragsbudget für 1921, das sich auf 6,6 Milliarden beläuft, zeigt, wie nachlässig und wenig vorausschauend im Vorjahr prä- liminiert worden ist. Der oben gemachte Vergleich zwischen dem Budget für 1921 und dem Nachtragsbudget einerseits und dem Budget für 1922 andererseits läßt die- selben Befürchtungen für das Finanzjahr 1922 auskommen. Nachtragsbudgets von einer solchen Höhe wie das für 1921 ma- chen die Riffen, die der Herr Finanzmini- ster dem Abgeordnetenhaus vorgelegt hat, fast wertlos.

Die Agrarreform in Rumänien.

(Von unserem rumänischen Korrespondenten.) Die Agrarverhältnisse in den einzelnen ru- mänischen Provinzen sind sehr verschiedene. Eine ausgesprochene Latifundienwirtschaft hat es im alten Königreich und zum Teile in Besarabien gegeben. In den ehemals un- garischen Provinzen gibt es wohl Riesenan- sätze, daneben aber einen starken Bauernstand, der wenn auch vielfach mit unzulänglichem Besitze ausgestattet, doch ökonomisch auf der Höhe steht. In der allerding sehr kleinen Bu-

lowina ist bis auf den griechisch-orthodoxen Religionsfond der Großgrundbesitz nicht vor- herrschend. Demgemäß ist auch nicht ein ein- heitliches Agrargesetz für alle Provinzen Ru- maniens geschaffen worden, sondern es hat jede Provinz ihre eigene Agrar- reform, wenn diese auch vom gemeinsamen Parlamente beschlossen worden ist. Für Besarabien kann nicht einmal das gesagt werden, weil kein Agrargesetz noch vom Statul National beschlossen worden ist, richtiger zu sagen wäre noch, daß vom Statul National der fak- tische Zustand, wie ihn die Bauern selbst nach der russischen Revolution geschaffen haben, anerkannt worden ist. Die Bauern haben da- mals den Großgrundbesitz fast vollständig auf- geteilt. Eine Entschädigung haben sie bis heute nicht gezahlt. Hinsichtlich der Wälder, wo man rechtlich keine Regelung zu treffen, weil man die Frage des Eigentums und des Besizes nicht aufröhlen will. Inzwischen habe, wer wolle.

Die Agrarreform für das alte König- reich, in einer ganzen Reihe von Bestim- mungen für die anderen Reformen und letzten Endes auch für die in Besarabien vorbildlich, knüpft an die Gesetze von 1888 und 1881, in deren Verlauf zweieinhalb Millionen Hektar an 570.000 Familien unter erdrückenden Be- stimmungen verteilt worden waren. Derzeit besitzen 95% Prozent aller Erbauer bloß 40 Prozent des kultivierten Landes, während ein halbes Prozent Großgrundbesitzer über 48,7 Prozent schrankenlos gebieten. Das jetzt in der Kammer beschlossene Gesetz wird zwei Millionen Hektar in Kleinbesitz zerstückeln und auf die Bauern aufteilen. Die Grundzüge des Gesetzes sind die, daß ein Grundbesitz im allgemeinen nicht 500 Hektar übersteigen und daß der Boden der sogenannten Abwei- senden und der juristischen Personen ent- wickelt werden soll. Grundbesitze unter 100 Hektar werden von der Agrarreform über- haupt nicht berührt. Der Preis beträgt das vierzigfache des Pachtzinses oder Pacht- wertes der unmittelbaren Zeit vor dem Kriege. Die Hälfte davon bezahlt der mit Land- besitze, die andere Hälfte der Staat aus Steu- ergeldern. Der Preis kann bar gezahlt wer- den oder in einer Rente, die in fünfzig Jah- ren getilgt wird und bis dahin mit fünf Pro- zent zu verzinsen ist. Mit dem Boden werden diejenigen befreit, welche im Kriege gewesen sind, Kriegswitwen und Kriegswaisen; Ban- ern, welche landlos sind oder weniger als 5 Hektar besitzen. Landarbeiter werden nur in wenigen Fällen zugelassen. Der Boden wird so verteilt, daß im allgemeinen jeder Besitz fünf Hektar betragen soll. In gewissen Fällen geht man jedoch bis auf zwei Hektar hinunter. Handwerker im Dorfe haben nur Anspruch auf ein Hektar. In der Nähe von großen Städten wird der Boden in Parzellen von nur je zwei Hektar aufgeteilt. Der Bo- den kann nur weiter geteilt werden bei Ader- bis auf zwei Hektar, bei Weide und Weide bis auf ein Hektar, was darüber hinausgeht ist veräußerlich und teilbar.

Die Agrarreform in den ehemals un- garischen Provinzen lehnt sich zwar in vielen Beziehungen an dieses Gesetz an, macht aber aus nationalen Gründen wesent- liche Ausnahmen. Die Zusammenfassung der aderbaubereitenden Bevölkerung dort war bisher folgende: 52,2 Prozent hatten unter fünf Jugar (etwa 300), die 46,9 unter 100 und der Rest über 100. Die eigene Gruppe hatte vom gesamten Boden 58,4 Prozent, während 0,19 Prozent Großgrundbesitzer, 32,3 Prozent des Bodens beziehen. Es verdient hervor- gehoben zu werden, daß 132.000 Eigentümer zusammen 40.800 Joch inne haben, dagegen 1200 über 4 Millionen. Vom Boden unter 100 Joch hat die rumänische Bevölkerung 3% Millionen, die der anderen Nationen 5% Millionen inne. Unter den Großgrund- besitzern gibt es fast keine Rumänen, sondern diese sind Magyaren. Die Tatsache, daß 3,3 Millionen Rumänen zusammen etwa 3 Mil- lionen 600.000 Joch, 1.600.000 Rumänen aber etwa 11.300.000 Joch haben, er- klärt es, daß sich in diesen Provinzen die so- ziale Frage auch zur nationalen zuspitzt. Dem- gemäß geht das Gesetz in den nicht-rumänischen Gegenden besonders in den sächsischen Bezirken bis auf 25 Hektar hinunter. Zum Unterschiede vom Agrargesetz im alten Königreich dehnt sich hier die Reform auch auf Waldbesitz in der Art aus, daß Gemeindewaldungen geschaffen werden. Gewisse Ausnahmen sind in Hin- sicht auf die Industrien gemacht worden (Ausbeutung der Erdwerke, Waldungen etc.) Der Preis beträgt das zwanzigfache des Pacht- schillings vom Jahre 1914, wobei jedoch bei der Schätzung Kronen gleich bei gesetzt werden, obwohl bei der Einlösung die Krone nur mit 50 bani berechnet worden ist. Es ist kein Zweifel, daß bei der praktischen Durchführung die Kolonisation, das heißt, Ansiedlung land- loser Rumänen in bisher nicht rumänischen Bezirken stark gehandhabt werden wird.

In der Bukowina besitzen die kleinen Eigentümer 265.000 Hektar, die Großgrund- besitzer 72.000 und der Kirchenfond 43.000. Der Preis ist wie in Besarabien, alle an- deren Bestimmungen lehnen sich an das Ge- setz im alten Königreich an, jedoch so, daß höch- stens ein Besitz von 250 Hektar dem Groß- grundbesitzer bleiben kann. Der Kampf zwi- schen den verschiedenen bürgerlichen Parteien ging im Parlamente um den Preis — die Bauernpartei gefand nur das zwanzigfache

des Pachtwertes zu — um die Frage, ob bei der Exportierung Besitze oder die Besitzer ins Kal- tül zu ziehen sind, da es viele Besitzer gibt, die zerstreut kleinere Güter haben, zusammen aber über sehr viel Boden verfügen, sowie eine Reihe kleinerer Boden. Dagegen haben die sozialistischen Abgeordneten Forderungen der Bauernpartei unterstützt; darüber hinaus aber Fragen der Produktivität, des Besizes der Ge- meinden und der genossenschaftlichen Bewirt- schaftung aufgeworfen und gegen das Gesetz Stellung genommen und insbesondere des- wegen dagegen gestimmt, weil neue Steuer- lasten zu Gunsten einer überfälligen, rein pa- rassistären Schichte der Gesellschaft auferlegt werden. Es ist kein Zweifel, daß einerseits diese ungeheure Steuerlast die Wirtschaft er- drücken wird, andererseits aber die Form der Bezahlung es erschwert, daß die freigewordenen Mittel von den Großgrundbesitzern zu Industrieanlagen verwendet werden. Eine ordentliche Vermögensabgabe hätte es möglich gemacht, daß die Großgrund- besitzer sofort entschädigt worden wären. Im Besitze dieser großen Kapitalisten wären sie ge- zwungen worden, Industrieanlagen zu schaf- fen. Man fürchtet auch allgemein, insbeson- ders im alten Königreich einen Rückgang der Produktion, weil den Bauern bei ihrer dortigen Armut die Betriebsmittel fehlen. Es ist schon leicht möglich, daß die ganze Agrarre- form dazu dienen wird, daß ein großer Teil des Grundbesizes aus den Händen der Bo- jaren in die emporgelommener Spekulanten übergehen wird.

Das Agrarproblem ist in Wahr- heit in Rumänien mit dieser Bo- denreform nicht gelöst, sondern vertagt worden. Es wird nicht lange dauern und die Bauern werden erkennen, daß sie nur gefoppt werden sind und wie schon einmal, so auch jetzt zahlen müssen, daß sie in eine neue Form der Sklaverei eingehen.

Der Kampfaufbruch der Un- abhängigen.

Die anwachsende Teuerung, die Verhand- lungen der deutschen Regierung mit den Soz- ialisten und die neuerliche Anziehung der besondern die Unbemittelten drückenden Steuer- schraube, veranlassen die Unabhängigen Deutschlands zu einem Aufruf, der in der Auf- forderung, eine proletarische Einheitsfront zu bilden, und in folgenden Mindestforderungen gipfelt:

1. Herstellung des Gleichgewichts im Staats- haushalt und Sicherung der auswärtigen Zahlungsverpflichtungen durch ausreichendes Heranziehen des Besizes, insbesondere auf dem Wege der Erfassung der Sachwerte.
2. Sofortige Einziehung der beschlossenen Bes- sitz- und Einkommensteuern.
3. Sozialisierung des Bergbaues.
4. Fortführung der Sozialpolitik.

Die versteckten Haubitzenrohre.

Ein überraschendes Ergebnis hatte eine von der interalliierten Militär-Kommission vor- genommene Durchsichtung der Radströhmischen Fabrik in Heidenau bei Dresden. Hinter einer Mauer wurden 150 Stück aufrechtste- hende Mantelrohre für leichte Feld- haubitzen gefunden. Die Fabrikleitung be- hauptet zwar, es handele sich um alte Geschüt- zrohre, aber angesichts der Enthüllungen, die der sächsische Minister des Innern, Genosse Lipinski, kürzlich im sächsischen Landtag über die Umtriebe der Orgeßch und anderer Heim- organisation machte, gewinnen die 150 Hau- bitzenrohre doch eine etwas andere Bedeutung.

Die Washingtoner Konferenz.

Das chinesische Geschäft im reinen?

Paris, 20. November. (Gavas.) Die Ren- nerkommission in Washington hat sich güttern mit der Frage des Stillen Ozeans und des äußersten Ostens beschäftigt und sich zugunsten des Grundgesetzes der territorialen Integrität der offenen Tür und der Gleichheit der Be- handlung aller Nationen in China ausgespro- chen.

Die Labourparty gegen das Bündnis mit Japan.

London, 20. November. (Tsch. P. B.) Die englische Arbeiterpartei hat eine Kundgebung veröffentlicht, in der sie die weitverbreitete Feindschaft gegen eine Fortdauer des englich- japanischen Bündnisses anerkennt und fordert, daß das Bündnis nicht erneuert werde. Die Arbeiterpartei begrüßt aus voller Ueberzeu- gung die Abrüstungsvorschläge der Vereinigten Staaten und fordert die Anwendung der Vor- schläge auf alle Arten von Rüstung u.

Seldentaten des oberösterreichischen Selbst- schutzes.

Oppein, 20. November. (Gavas.) Im Nati- onalrat haben Mitglieder des Selbstschutzes wiederholte Zusammenkünfte mit den italieni- schen Truppen hervorgerufen. Die National- Besatzung wurde durch französische und eng- lische Abteilungen verfrachtet.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

Der Preis des Mehls. Die „Pravo Libu“ meldet, ist der Preis des Mehls in Amerika gefallen, sodass das Weizenmehl, die Zufuhr bis nach Tetschen inbegriffen, etwa 6 K 40 h kostet, während nach den Notierungen an der Prager Börse heimisches Mehl mit 6 K 80 h bis 7 K verkauft wird.

„Stinnesierung“ des mitteleuropäischen Verkehrswezens. „Morning Post“ erfährt aus deutscher Quelle, Stinnes plane mit Hilfe Englands und der Vereinigten Staaten eine Neuordnung des gesamten Verkehrs-systems in Mitteleuropa. Die Nachricht scheint, weil sie vom Reuterschen Büro verbreitet wird, ganz ins Reich der Fabel zu gehören.

Kapitalistengewinn in der Zeit der Wirtschaftskrise. Wenn die Schmidhauer Aktienbrauerei, die die Kühnheit hat, in ihrem Geschäftsbericht darüber zu klagen, daß ihr nur die Hälfte der Gewinne zum billigen Preise zugewiesen wurde, „lediglich“ 90 Prozent Dividende der Öffentlichkeit einbekennt, so muß dem hinzugefügt werden, daß diese 90 Prozent nur der geringere Teil dessen sind, was mitten in der allgemeinen Stagnation des Wirtschaftslebens das Geschäftsjahr 1920—1921 den Aktionären gebracht hat. Das Kommissariat über die Generalversammlung vom 14. November geht mit auffällender Geschwindigkeit über die Tatsache hinweg, daß das Aktienkapital „aus den Mitteln des Reservefonds von 2.000.000 auf 3.000.000 Kronen erhöht“ wurde. Aus den Mitteln des Reservefonds — das heißt nichts anderes, als daß den Aktionären die eine Million des Reservefonds in Gestalt von Aktien geschenkt wurde, denn nicht die Aktionäre bezahlten die eine Million Aktien sondern der Reservefonds; wobei noch zu bedenken ist, daß die darauf lastenden Steuern aus früheren Jahren natürlich die Gesellschaft zu tragen haben wird. Ein Beispiel möge illustrieren, was das heißt: Besitzt ein Aktionär — das ist ein ganz kleiner Aktionär, noch keineswegs ein großer — vor der Generalversammlung 100 Aktien zum Nominalbetrag von 100 Kronen, zusammen also 40.000 Kronen Nominale, so erhält dieser Mann nun an offizieller Dividende 36.000 Kronen bar und außerdem noch 50 Aktien ganz umsonst als Geschenk! Laut Geschäftsbericht wurden bei der letzten Kapitalerhöhung im Jahre 1920 die Aktien pro Stück zu 2000 Kronen den Aktionären überlassen. Emissionspreise pflegen Ausnahmispriese zugunsten der Aktionäre zu sein, weit unter dem wirklichen Wert, sobald man also den wirklichen Wert höher schätzen muß. Rechnen wir aber nur diesen Preis als Wert, dann repräsentieren die 50 Aktien, die obenangeführter Aktionär erhält, einen Wert von 100.000 Kronen. Die erhält er als Geschenk. Das muß man fürwahr ein Geschäft nennen, wie es sich glänzender nicht machen läßt. Ein Mann mit 100 Aktien im Nominale von 40.000 Kronen erhält 136.000 Kronen Barchessenen in einem einzigen Jahre. Das sind erst 100 Aktien, und die Gesellschaft hat davon 5000 ausgegeben. Auf je 100 Aktien 136.000 Kronen Gewinn, ... die gesamte Arbeiterchaft wird dagegen mit 300.000 Kronen abgesperrt, oder wie der Generalversammlungs-jargon es nennt, „bedacht“. Selbst wenn man die 100 Aktien zum letzten Emissionskurs von 2000 Kronen bewertet, trugen 200.000 Kronen 136.000 Kronen Barchessenen in einem Jahre. Die Gratisaktien sind jedoch mehr als bares Geld. Sie üben zugleich die Funktion aus, in den kommenden Jahren das Kapital, das dividendenberechtigt ist, zu vergrößern, sodass die Höhe des Dividendensatzes entsprechend herabgesetzt werden kann, ohne daß die Effektivbezüge der Herren Eigentümer geschmälert werden. Schmäler wird nur die Ziffer sein, die in die Öffentlichkeit gelangt und Sand in die Augen aller streuen soll.

Rassenarbeitslosigkeit in Rußland. Im Zusammenhang mit der Verringerung der Zahl der Angestellten und Arbeiter in vielen Betrieben und staatlichen Institutionen nimmt die Zahl der Arbeitslosen in allen größeren Städten Sowjetrußlands rasch zu. So sind allein in Odesa für den Monat September 5000 neue Arbeitslose registriert worden. Ihre Zahl wächst weiter, da die Entlassungen in großem Maßstabe durchgeführt werden; in der Lederbranche betrug sie 25 bis 30 Prozent; im

Schneidergewerbe 50 Prozent, in den Sowjetinstitutionen 34 Prozent. Das Moskauer Gewerkschaftsblatt „Trud“ betont, daß die wachsende Zahl der Arbeitslosen die Lage der Arbeiter in den Privatunternehmungen ungünstig beeinflussen werde, da ein starkes Ueberangebot an Arbeitskräften zu befürchten sei.

Der Wert der Krone. Es kosten: 100 holländ. Gulden 3348, 100 Mark 3640, 100 schweiz. Franken 1783, 100 Lire 893, 100 franz. Franken 689½, 1 Pfund Sterling 380½, 1 Dollar 95½, 100 belg. Franken 609½, 100 Peso 1297½, 100 Dinar 119½, 100 Lei —, 100 österr. Kronen 1.85, 100 poln. Mark 3.35, 100 ung. Kronen 11.02½ i. h. Kronen.

Parteitag Tetschen 1921.

Delegierten-Anmeldung. Die gewählten Delegierten zum Parteitag sind sofort dem Parteisekretariat in Tetsch-Schönau, Seilerstraße 1, mitzuteilen, damit die Zusendung der Delegiertenkarte rechtzeitig erfolgen kann.

Quartier-Anmeldung. Um eine klaglose Zuweisung von Quartieren an die Delegierten des Parteitages zu ermöglichen, werden jene Delegierten, die auf Wohnung während des Parteitages verzichten, ersucht, bis längstens 7. Dezember dem Genossen Emil Krnberg, Bodenbach, Poststraße 818, dies bekanntzugeben.

Mit Rücksicht darauf, daß für die Ankunft der Delegierten zwei Bahnhöfe in Betracht kommen, und zwar Tetschen und Bodenbach, werden die Delegierten ersucht, auch gleichzeitig mitzuteilen, auf welchem Bahnhof die Genossen und Genossinnen eintreffen. Besondere Wünsche hinsichtlich der Quartiere sind ebenfalls gleich mitzuteilen, damit nach Möglichkeit denselben Rechnung getragen werden kann.

Mandate. Jeder Delegierte ist mit einem Mandat zu versehen und muß dasselbe beim Eingang in den Kongreßsaal abgegeben werden.

Regiebeitrag. Laut Beschluß des Parteivorstandes haben alle Delegierten zu den Kosten des Parteitages einen Regiebeitrag von 50 K zu leisten. Der Regiebeitrag ist beim Eintritt in den Saal zu bezahlen.

Literatur.

Seelische Vorbereitungen der Sozialisierung. Unter diesem Titel hat Genosse Otto Neutath (Wien) einen Vortrag in einigen Städten Deutschböhmens gehalten, der nun im Verlag der Volksbuchhandlung Ernst Sattler, Karlsbad, erschienen ist. Wiewohl der Verfasser betont, daß erst die sozialistische Ordnung aus den Menschen echte Sozialisten schaffen könne, müssen wir bereits in der kapitalistischen Gesellschaft für eine tiefere geistige und politische Erziehung sorgen. Die Voraussetzung dazu ist zunächst die politische und gewerkschaftliche Organisationszugehörigkeit. Wir bekämpfen die kapitalistische Ordnung, weil sie ungerecht und unwirtschaftlich ist. Der Sohn eines reichen Fabrikanten ist bereits in der Wiege Herr über tausende Arbeiter, wie ebendem die Prinzen als Kinder Offiziere von Regimenten waren, während der Sohn eines Bergmannes im allgemeinen nicht damit rechnen kann, einen anderen Beruf zu erreichen, als den eines Arbeiters. Die kapitalistische Ordnung ist auch unwirtschaftlich, weil durch Reklame, Reisende, eine Ueberzahl von Formen aller Gebrauchsgüter Kräfte verschwendet werden. Rohstoffe werden vernichtet. Werttätige müssen feiern, Maschinen müssen ruhen. Das alles, weil der Reingewinn der Unternehmer und nicht der Bedarf des Volkes darüber entscheidet, was erzeugt werden soll. Die sozialistische Gesellschaft ist nicht auf den Reingewinn des Unternehmers, sondern auf die Bedarfsdeckung eingestellt. Die Bedarfsdeckung geschieht auf Grund eines Wirtschaftsplanes, dessen Voraussetzung eine entsprechende Organisation des technischen Apparates ist. Die Reime für jene Organisationen, die die Grundlage eines Wirtschaftspla-

nes bilden können, schafft der Kapitalismus in Kartellen, Trusts, Konzernen. Diesen kapitalistischen Großorganisationen müssen wir sozialistische entgegenstellen, indem wir die Betriebsräte solcher kapitalistischer Organisationen zusammenschließen. Aber solche Organisationen allein genügen nicht, man muß auch die Seele der Menschen formen, um sie zum Sozialismus reif zu machen. „Die Sozialisierung der Lebens- und Wirtschaftsordnung muß uns als einheitliche Aufgabe vor Augen stehen.“ Die Broschüre ist leicht geschrieben und wird jedem Arbeiter eine Fülle von Anregungen vermitteln. Sie kostet bloß 1 K 50 h. Die Tatsache, daß die Buchhandlungen der deutschen Arbeiterchaft in der Tschechoslowakei immer mehr Bücher und Broschüren im Eigenverlage herausgeben, stellt einen bedeutenden geistigen Fortschritt unserer Bewegung dar.

Aus der Partei.

Lozialorganisation Weinberge-Rudolfs-Weichowitz. Dienstag, 22. November 1921, 8 Uhr abends, wichtige Besprechung in Kammerles Restaurant, Weinberge, Jungmannstraße 55.

Kunst und Wissen.

„Die Langgräfin“. Operette von Leop. Jacobi und Rob. Bodanzky, Musik von Robert Stolz, unterbreitet sich in nichts von den übrigen Operetten, die in den letzten Jahren über alle Bühnen gingen. Die Gräfin Colette, die mit einem alternden, desabenden Maquis verlobt ist, will noch einmal vor ihrer Hochzeit ihre Freiheit genießen, lernt dabei in einem Pariser Langlokal einen jungen Marineoffizier kennen und wird nach allerlei Schwierigkeiten glücklich die Seine. Zu dieser nicht eben originellen Handlung hat Robert Stolz eine gefällige, immer flotte, von Sentimentalem sich fernhaltende Musik geschrieben, die unter Kapellmeister Schrolls Leitung zu bester Geltung kam. Die Gestaltungsverstärkung des Komponisten zeigt sich am reichsten im ersten, sehr hübsch instrumentierten Akt, erfüllt auch noch den zweiten mit pulsierendem Leben, versiegt aber im dritten, der nur noch an Reminiscenzen aus den vorübergehenden Akten geht. Von den Darstellern, die alle ihr Bestes taten, zeichnet sich Frau Siklosy (Colette) durch persönliche Anmut, sorgfältige Behandlung des Gesangstones aus; neben ihr seien die verdienstlichen Leistungen des Frä. Raganja und der Herren Kober (Leutnant Delave) und Swoboda genannt. Die Operette hatte den üblichen Premierenerfolg.

Nachvorstellung. Nächsten Sonntag 10 Uhr nach Wiederholung der Komödie „Der Mann mit der Maske“ von Men-Rod und der Tragi-Komödie „Der rote Strich“ von Armin Friedmann, ferner ein Winternachtsballet.

Der Marquis von Reith. Samstag abends findet die literarisch bedeutsame Aufführung von Frank Wedekinds Schauspiel „Der Marquis von Reith“ mit Wenzel Hofmann in der Titelrolle statt. Gastspiel Aline Sanden, Kammerfängerin Aline Sanden, die in Richard Strauß' „Elektra“ auftreten soll, singt nächsten Sonntag Abend Puccinis „Madame Butterfly“.

Neues deutsches Theater. Gastspiel Lukmann-Almosino. Samstag ging Reith's Kida mit Herrn Lukmann aus Dresden und Fräulein Almosino aus Brunn in Szene. Herr Lukmann bringt für den Abhames die dominierende Stimme und die gute Bühnenercheinung mit. Gesanglich bot er eine sehr anerkanntswürdige Leistung, darstellerisch blieb er monoton schwach. Frä. Almosino stellte mit ihrer Anneris eine Figur auf die Bühne, die sich über das Herkömmliche nicht erhob. An Stelle der Frau Kluge sang Frau Verthold die Aida, die sie großzügig und eindrucksvoll zur Geltung brachte. Das Haus war gut besucht und spendte reichen Beifall. Eine Umgestaltung oder wenigstens Aufrechterhaltung der eingelegten Palette wäre dringend zu wünschen.

VIII. wochstämmliches Sonntagkonzert. 27. November, ¼ 4 Uhr, Produktendörfer.

Zur Aufführung gelangen durch Mitglieder des Wiener „Bereines für musikalische Privat-aufführungen“, Präsident: Arnold Schönb-berg, Werke von Schönberg, Webern, Reger und Debussy. Karten von K 5.— bis K 12.— und Steuer bei Wehler.

Turnen und Sport.

Wettkampfsport D. F. C. Prag gegen Tepl. F. R. 08 in Teplitz 1:0. Wir haben Samstag in unserer Vorbesprechung der Besichtigung Ausdruck verliehen, daß dieses Spiel, sowie die nahe alle bisherigen zwischen diesen zwei Mannschaften, mit einem Witzende enden wird. So ist es auch geschehen. Das Spiel wurde in der 28. Minute vom Schiedsrichter Popp abgebrochen. Es ist bedauerlich, daß zu einem derart wichtigen Spiele weiter alter Rivalen eine so unübliche Kraft designiert wurde. Es ist ja wahr, daß an deutschen Schiedsrichtern, die diesen Namen wirklich verdienen, kein allzu großer Ueberfluß herrscht, doch immerhin ist unter den Blinden der Einäugige König, und ein solcher mühte doch zu finden sein. Das Spiel selbst begann sehr rasch und versprach, sehr interessant zu werden. Die Tepliter anfangs im Vorteil. Die Gäste gewöhnten sich jedoch bald an das ungewohnte Terrain und begannen mit zahlreichen Angriffen, die immer mehr die Ueberlegenheit der Prager zeigten. Einige Freistöße werden vom Schiedsrichter nicht bestraft, sodass das Spiel immer mehr ausartet und jeden Moment die Krise einzutreten droht, was schließlich auch in der Mitte der ersten Halbzeit geschieht. Neugierlich taten die Tepliter alles dazu, um dem Spiel ein imponierendes Gebräuge zu geben, erschienen mit sehr eleganten Jaden am Plage, die gleich darauf seitens des Direktors weggetragen wurden. Außer letzterem erschienen vor Spielbeginn noch andere Persönlichkeiten am Plage, wie der Obmann usw., so dem Spiele ein internationales Aussehen verleihend. Zum größten Entzinnen der in nicht besonders großer Anzahl erschienenen Zuschauer wiff Schiedsrichter Popp, der bis dahin nur dazu ausersahen war, dritt- und viertklassige Spiele zu leiten, das Spiel an und führte sich vorteilhaft durch seine Schußweite ein, so seine ausgebildete Regelleistung verrätend. Mannschaften: D. F. C. Elster, — Rudinfa, Citera, — Fudan, Toth, Krompholz, — Aik, Vek, Jesmar, Söh, Feller. — Tepl. F. R.: Guba — Morvan, Gohs — Mahrer, Söhns, Pansa, — Lampe, Seblacek, Kozeluh, Döring, Haberstroh. Teplitz hat Anstos und hat bereits in der 3. Min. durch einen vom Goalmann Elster verschuldeten Fehler eine Chance, die jedoch Citera noch rechtzeitig verbindert. Bei Beginn drängt Teplitz etwas, da die Prager durch den ungewohnt kleinen und schlechten Platz im Nachteil sind. Bald kommt es zur ersten Dissonanz durch eine Rauferei zwischen den beiden Konnationalen Kozeluh und Rudinfa. Elster hat wiederholt Gelegenheit zu beweisen, daß seine Aufstellung statt dem nichtspielberechtigten Müller eine sehr richtige war. Popp verworrt oft die D.F.C.-Spieler, während er einige Rohheiten Gohs und Kozeluh's ungestraft läßt. In der 19. Min. gelingt es Söh, einen von Feller-Söh vorgebrachten Ball tief zu placieren, so die Führung an sich reichend. Bald darauf ertönt ein Pfiff Pops ohne jeden Anlos, und man erfährt, der Schiedsrichter Popp wäre vom Spieler Söh beleidigt worden, worauf dieser keinen Ausfluß verlangt. Nach längeren Verhandlungen — Söh hat inzwischen den Platz verlassen —, strömt das Publikum in den Platz, worauf der ausländische Schiedsrichter das Spiel abpfeift. Das Publikum nahm gegen ihn eine drohende Stellung ein, da das Abpfeifen vollkommen unergründlich war. Herr Popp, der den Titel „Schiedsrichter des Tepl. F. R.“ führt, war dem Spiele keineswegs gewachsen, und war wohl dieses Ende das Beste, da dem Spieler Söh gewiß noch zumindest Jesmar und Rudinfa grundlos gefolgt wären. Vorher spielten die Föglinge beider Vereine gegeneinander. Die Prager gemannen überlegen 8:2. Das Spiel bot viel interessante Momente, und befindet sich auf beiden Seiten talentvolle Spieler. Insbesondere wäre der Mittelstürmer Reiner der Prager und der Mittelläufer der Teplitzer zu erwähnen. Der Schiedsrichter war etwas kurzschichtig, sonst hätte er das ausgezeichnete Goal des D. F. C., welches Reiner mit der Hand vorbrachte, nicht geben dürfen. Gut war auch der Goalmann der Prager, der allerdings beide Goals hätte fangen können. Halbzeit 4:1.

Victoria, Zizko, die Sonntag E. R. Slava besiegte, ist vom E. F. ab 21. d. M. gesperrt worden, weil sie den Spieler Reiner, der zum Länderkampf Schweden—E. S. D. designiert hat, nicht spielen ließ. Mannschaften, die gegen Victoria antreten, werden streng bestraft. Beim E. S. R. geht es etwas härter zu, als beim D. F. B. ...

Bereinsnachrichten.

Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker. Morgen spricht Prof. Raucher über den Völkerrund. Nach dem Vortrage findet eine Debatte statt. Ort: Karolinum IV. Zeit: 8 Uhr. Gäste willkommen!

Herausgeber: Dr. Ludwig Cech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Straub. Druck: Aktiengesellschaft Tribuna, Prag.

Lato Die beste
Milch-Schokolade
besorgt den Konsum-Vereinen die
G. E. C.

Ihr Interesse verlangt es, dass Sie sich noch heute meine interessanten u. lehrreichen Broschüren kommen lassen. Dieselben enthalten eine reichhaltige Auswahl hyg. kosmetischer Artikel, sowie wichtiger Gebrauchsartikel für jeden Haushalt. Versandt vollkommen diskret gegen Einsendung von K 2.—, in bar. Versandgesch. Josef Stöhr, Weisskirch 12 bei Jägerndorf, Schlesien. 321

Christbaumschmuck
für Händler, aus Glas, Schmuck usw., nur Neuhelion, direkt vom Erzeuger, daher billige Preise. Liefert in Mastropaketen von 100 Kronen aufwärts gegen Nachnahme 319 Richard Werner, Schlag Nr. 73 III, bei Gablonz a. N.

Inserieren bringt Erfolg!

Bürsten, Pinsel und Reisbesen
liefern in garantiert bester Qualität
Brüder Zappner,
Prag, Mikulasska 24.
Fabrik: Wrschowitz 666.

KONLE-KOKS
in plombierten Säcken
Spoboda & finala
PRAHA, Jungmannova 2.
Telephon 553-5514.

Lesen Sie bitte unseren neuen illustrierten reichhaltigen Katalog Nr. 538 über kosmetische und hygienische Spezialartikel für Damen und Herren: Diskreter Versand in verschlossenem Kuvert ohne Firmenaufdruck gegen 2 Kc in Bar od. Marken.

„Novitas“ Versandgeschäft, Aussig a. E. a

Gastwirt sein Gasthaus oder ein Geschäftsmann über anbietet, setzen sie sich in Position und salbadern wie Jünger der Heilsarmee von Moral und Sitte, die durch solche Inserate untergraben werden könnte. Nun, die beiden kommunistischen Blätter müssen ja am besten wissen, was in „zwoölfter Stunde“ das Dringlichste ist. Aber wie wird uns? Noch am Samstag enttäuschte sich der moralstarke „Vorwärts“ über solche Inserate, doch als wir am selben Tage das Bruderblatt des „Vorwärts“, den Mähr.-Osterr. kommunistischen „Kampf“ zur Hand nahmen, da lasen wir:

Arbeiter!

Verlangt nur Bier aus der **Ersten Mährisch-Schlesischen Brauerei in Radwanitz.**

Niederlagen: Mährisch-Strau, Raasditz, Grabnoka, Erlau, Studowiz, Krejstadi, Tjebitz.

Der arbeitende Mann

verlangt seit Jahrzehnten nur das **vorzügliche Mähr.-Osterr. Strohmänn-Präu**

von Maß oder in Flaschen (Originalfüllung).

Export hell, Bod dunkel.

Verlangt überall

Eisenbahner-Kräuterbitter

und

„Branica-Lisör“.

die aus den feinsten, magenstärkenden Kräutern hergestellt und nur von der

Lisörfabrik „Miror“ in Pribor echt sind.

Was ist gefällig, Herr Reichlich? Export hell oder Bod dunkel? Am besten wäre nach dem erlittenen Schreck ein „feinster magenstärkender Kräuterbitter“, der nach kommunistischer Bruderverpflichtung nur „echt“ in der Lisörfabrik „Miror“ zu haben ist!

Eine zerlumpte Gestalt: Oberst Lehar. Der bekannte Schauspieler Max Ballenberg erzählt im „Magyar Hírlap“, unter welchen Umständen er mit dem geflüchteten tschechischen Pandalführer, dem berühmten Oberst Lehar in Prag zusammentraf. Es war nach dem Zusammenbruch des tschechischen Putches in Westungarn, da habe Ballenberg den Obersten Lehar in Prag gesprochen und von diesem selbst Einzelheiten über sein Entkommen erfahren. Bei Komorn habe eine Patrouille dem über die Donau rudern den Flüchtling nachgeschossen. Er sprang ins Wasser und erreichte mit heiler Haut das andere Ufer. Nach aufregenden Märschen durch die Tschechoslowakei kam er endlich in Prag an. Ballenberg erzählt, daß er gerade in Prag ein Gastspiel absolvierte, als ihn auf dem Korridor des Palais-Hotels eine zerlumpte Gestalt ansprach und vorgab, daß er dem Künstler von dem Wiener Theaterdirektor Karczag eine Botschaft zu überbringen habe. Er gab sich dann als Oberst Lehar zu erkennen und hat den Schauspieler, den er aus der Gesellschaft seines Bruders, des Komponisten Franz Lehar, her kannte, gebeten, ihm die Flucht nach Deutschland zu ermöglichen und ihm einen Teil seiner Barschaft von 200.000 ungarischen Kronen in tschechische umzutauschen. Oberst Lehar, der als Besucher auf der Landstraße sich bis Prag durchgeschlagen hatte, reiste dann über Zittau nach Bayern.

Wie Karls Putsch finanziert wurde. Vor etwa drei Monaten traf in Paris ein ungarischer Magnat ein, der sich mit Silberhändlern in Verbindung setzte, da er seine Gemälde-Sammlung, die nach seiner Befundung eine der reichsten der Welt sein sollte, zu veräußern gedachte. Die Sammlung enthielt nach den vorgelegten Photographien Werke von Raffael, Rubens, Teniers, van Dyk, Gainsborough, für deren Echtheit die vorgelegten Dokumente zeugten. Obwohl der geforderte Preis im Verhältnis zu der hervorragenden Bedeutung der Sammlung nicht hoch war, fand der ungarische Aristokrat keinen Käufer, da der Silberhandel damals gerade eine schwere Krise zu überstehen hatte. Um sich das Geld zu beschaffen, das er notwendig brauchte, machte der Fürst, denn um einen solchen handelte es sich, jetzt einen anderen Versuch. Er bot Pariser Bankiers große Ländereien zur Einrichtung einer Schweinemästerei an, die seinen Berechnungen nach ungeheure Gewinne abwerfen müßte. Aber auch dieser verführerische Vorschlag begegnete bei den französischen Finanzleuten tauben Ohren. Dagegen gelang es dem fürstlichen Silberhändler und Schweinezüchter, eine spanische Finanzgruppe für seinen Plan zu interessieren, die ihm dann a Conto des Unternehmens sechs Millionen Befetas bar auszahlte. Es war ein recht schlechtes Geschäft, denn der ungarische Magnat war niemand anderer als Fürst Alfred Windischgrätz, der Regisseur der tschechischen Tragikomödie, und die Gelder, die er von den Spaniern empfangen hatte, dienten dazu, den Staatsstreich des Erzherzogs zu finanzieren. Jetzt hat der Fürst Zeit, über eine alberne Geschichte nachzudenken und die spanischen Kapitalisten können ihren übel verwendeten Geldern und den entgangenen ungarischen Schweinen nachweinen.

Der Nobelpreis für Chemie wurde in diesem Jahre dem Berliner Professor Walter Nernst verliehen. Seine namhaften Leistungen auf dem Gebiete der Physik und der physikalischen Chemie, die Erfindung der Nernstlampe, haben seinen Namen bekannt gemacht. Sein eigentliches Forschungsgebiet ist das Grenzgebiet zwischen Physik und Chemie, die physikalische Chemie, deren Aufgabe es ist, die Wechselbeziehungen zwischen den stofflichen und den chemischen Eigenschaften der Dinge zu erforschen und eine allgemeingültige Theorie dieser Wechselbeziehungen herauszubilden. Nur wenige dieser Wechselbeziehungen sind bisher so erforscht, daß exakte Beziehungen aufgefunden worden sind, die den Namen von Naturgesetzen verdienen. In diesem Weisigen — viel in Bezug auf seine Bedeutung, wenig in Bezug auf das Gesamtproblem — ist Nernst sehr stark beteiligt. Auf zwei Gebieten hat er zur Aufhebung dieser Beziehungen beigetragen, auf dem Gebiete der Beziehungen zwischen elektrischen und chemischen Eigenschaften, wie auf dem Gebiet des Verhältnisses von Wärme und chemischer Kraft. Auf dem Gebiete der Thermochemie handelt es sich um die Erforschung gesetzmäßiger Beziehungen zwischen chemischer Verwandtschaft und Wärme. Bei jeder chemischen Reaktion tritt eine Veränderung des Wärmeinhalts der beteiligten Stoffe ein, bei den bekanntesten chemischen Reaktionen wird Wärme frei. Diese chemischen Reaktionen werden benutzt um Wärme, um Energie zu gewinnen — so die Verbindung von Kohle und Sauerstoff bei der Verbrennung. Für die technische Beversorgung dieser Vorgänge ist es nötig, diese Reaktionen nicht nur qualitativ, sondern auch zahlenmäßig zu kennen. Man muß wissen, welche Energiemengen umgesetzt werden, welche Energieerzeugnisse frei werden und zur Verfügung stehen. Die exakten wissenschaftlichen Grundlagen dafür liefert die Thermochemie. Sie leistet zahlenmäßige Aussagen über die bei chemischen Reaktionen frei werdende Wärme, beispielsweise, daß bei der Verbrennung von einem Molekulargewicht Kohlenstoff zu Kohlenstoffdioxid 94.000 Kalorien frei werden. Bei der Verbindung von einem halben Molekulargewicht Sauerstoff zu Stickstoff 21.000 Kalorien Wärme zugeführt werden müssen. (1 Kalorie ist die Wärmemenge, die zur Erwärmung von 1 Gramm Wasser um 1 Grad Celsius erforderlich ist.) Sie lehrt die Temperaturen kennen, bei denen bestimmte Reaktionen eintreten. So hat sie gezeigt — ein Beispiel von großer technischer Wichtigkeit — daß der außerordentlich träge Stickstoff der Luft sich bei einer absoluten Temperatur von 2000 Grad sich mit Sauerstoff verbindet und zu 0,6 Prozent Stickstoff aus Luft liefert, was für die Gewinnung von Salpetersäure aus Luft von größter Bedeutung ist. Die Forschungen von Nernst haben zu diesen Resultaten noch weitere wesentliche Erkenntnisse hinzugefügt. Sie haben ein Gesetz darüber aufgestellt, wie die gesamten Energieinhalte chemischer Stoffe sich verändern mit der Temperatur, wie sich Wärme und chemische Verwandtschaft verhalten und damit ein exaktes Maß gefunden für die chemische Verwandtschaft der Stoffe. Nernst kann mit Recht sagen, daß die Maßbeziehungen zwischen Wärme und chemischer Kraft nunmehr weitgehend aufgeklärt scheinen.

Verbesserung der Zoll- und Bahnbefreiungen. Aus Vortorowo wird gemeldet: Da das jetzige System der Zoll- und Bahnbefreiungen für die Handelsbeziehungen und den Reiseverkehr in Mitteleuropa beschwerlich ist, hat der Ausschuss für Vorkangelegenheiten beschloffen, für den 16. Jänner eine Konferenz nach Graz einzuberufen, welche die diesbezüglichen Vorschläge einer Prüfung unterziehen soll.

Das Prager Interims Krematorium, welches Mittwoch eröffnet wird, ist in die Leichenhalle für Konfessionslose eingebaut. Dieses Gebäude ist im Renaissancestil gehalten, gleich hinter dem Friedhofseingange gelegen und präsentiert sich dem Beschauer schon von der Straße aus mit seiner ganzen Front. Es ist dreistöckig und besteht aus einem Mittelstück und zwei anschließenden Seitenflügeln, in deren linkem sich bisher eine Infektionsabteilung befand. Die Infektionsabteilung wurde nunmehr beseitigt, der unter ihr befindliche Boden ausgehoben, der hierdurch gewonnene Raum zum Einbau des Einäscherungsapparates verwendet und außerdem Platz für einen zweiten Apparat reserviert. Der Grund unter dem dazugehörigen Sezierzimmer und der Kanzlei wurde gleichfalls ausgehoben, unterkellert und als Requisite und Brennstoffmagazin eingerichtet. Die aus diesem Flügel überirdisch in die Halle führende Tür wurde durch eine Schiebertür ersetzt, durch welche nach Beendigung der Trauerfeier der Sarg mit der Leiche direkt vom Kaisalfeld geräuschlos in den Einäscherungsapparat eingeführt wird. Für den Einäscherungsapparat wurde das System „Klingstierna-Beck, Ofenbau an Main, gewählt, welches in einer großen Anzahl von Städten Deutschlands in Verwendung ist. Die Einäscherung der Leiche wird in der Weise vorgenommen, daß der auf den Armen eines speziell konstruierten Wagens ruhende Sarg nach Öffnung der Schiebertür in den Einäscherungsraum eingeführt, durch eine einfache Hebelbewegung auf den rostartig durchbrochenen Boden dieses Raumes abgesetzt, der Wagen zurückgezogen und die Schiebertür wieder geschlossen wird, was sich alles in

einem Zeitraume von wenigen Sekunden abspielt. Nunmehr werden auch die im unteren Teile des Apparates befindlichen Schieber für den Einlaß der atmosphärischen Luft geöffnet, welche nun durch die weisflüßenden Kanäle, hierbei deren Temperatur anwachsend, in den Einäscherungsraum strömt und hier die Leiche binnen eines Zeitraumes von etwa 1 1/2 Stunden rauch- und geruchlos zu Asche verzehrt. Die in den Aschenraum gefallenen Aschenreste werden in einer Blechbüchse verwahrt, welche verlobt und mit einer Nummer versehen wird. Für die Aufstellung von Urnen ist die Errichtung von Kolonbarren vor und innerhalb der Friedhofseinzäunung in Aussicht genommen. Die Propaganda für die Feuerbestattungs-Idee hatten der tschechische Verein „Krematorium“ und der deutsche Verein „Flamme“ einmütig in die Hand genommen und gemeinsam auf das Ziel hingearbeitet, in Prag eine Feuerhalle zu errichten und ein Milieu zu schaffen, in welchem sich alle freisinnigen und edlen Menschen, ohne Rücksicht auf ihr religiöses und nationales Empfinden friedlich im Zeichen der läuternden Flamme zusammenfinden können. C. K.

Ehrenzzeichen in Oesterreich. Wie die „Neue Freie Presse“ erfährt, wird bereits in den nächsten Tagen die Schaffung von Ehrenzzeichen für Verdienste um die Republik Oesterreich verwirklicht werden.

Eine Börsesteuer in Wien. Wie n. 19. November. (Antich.) Der Bundesminister für Finanzen hat heute im Nationalrat einen Gesetzesentwurf eingebracht, woznach rückwirkend vom 1. November von jedem Börsebesucher eine monatliche Abgabe von 100 Krone in Gold eingehoben wird. Die Abgabe darf in einzelnen berücksichtigungswerten Fällen ermäßigt oder ganz nachgesehen werden. Ung zu verhindern, daß im Zusammenhange mit der Einführung dieser Abgabe das Winkelsbörsewesen an Umfang zunehme, soll in Zukunft die Teilnahme an Winkelsbörsen mit Freiheitsstrafen bis zu einem Jahre und nebstbei mit Geldstrafe bis zu einer Million geahndet werden.

Eine Wetterkatastrophe. Die Stadt Falco n e wurde infolge eines Gewitters und einer Ueberflutung unter Wasser gesetzt; dergleichen die von Messina nach Palermo führende Eisenbahnstrecke. Bisher sind acht Menschenopfer gemeldet.

Gefahren des Kinos. In einem Harburger Kino ereignete sich eine schwere Brand- und Explosionskatastrophe gelegentlich einer von mehreren hundert Kindern besuchten Jugendvorstellung. Bis jetzt sind neun Leichen geborgen. Mehrere schwerverletzte Kinder wurden ins Krankenhaus gebracht, eines von ihnen ist verschieden.

Autounfall. Vor dem Invalidenhause trüb eine Autodrohske den Arbeiter Franz Cerny aus Prag und den Instrumentenmacher Franz Prochaska zu Boden. Beide erlitten einen Bruch des Schläfenbeines und außerdem schwere Verletzungen an der Brust. Sie wurden von diesem Auto ins Allgemeine Krankenhaus geführt.

Tot aufgefunden. Gestern um vier Uhr nachmittags fand der Wachenführer Bohuslav Pribora auf dem Verbindungsdiakut in Karolinenthal die Leiche eines Mannes, in welchem nach vorgefundener Legitimation der Infanterist Stanislaus Rozner des 12. Infanterieregimentes, der zu seinem Regiment nach Theresienstadt fuhr, agnosziert wurde. Die Todesursache steht nicht fest, wahrscheinlich ist er von der Plattform des Waggons auf das Geleise gefallen.

Fenilleton.

Die Hanna.

Von J. J. David.

„Und ich tu' ihr einen Schritt entgegen — denn das kann nur eines bedeuten. „Sanka?“ Und es ist eine große Freude in mir, so groß, daß ich nicht merke, wie sehr traurig und ganz verflört sie ist.“
 „Sie nicht: „Ja. Wie soll ich mich setzen, Florian?“
 „Ich will sie an mich ziehen, sie küssen. Sie bleibt stumm und steif. Und ohne ein Wort zu reden, ganz geschäftsmäßig, zieht sie sich aus, Stück für Stück, und nimmt den Platz an, welchen ich bestimme.“
 „Den Kopf von sich selber wegwendend, die Augen geschlossen, damit sie nichts sehen muß, sitzt sie. Und manchmal kommen ihr Tränen, und sie läßt sie rinnen, und ich merke nicht darauf oder mache nur einen dummen Spah, wie man ihn eben macht, damit man was geredet hat.“
 „Und es ist ein Fieber zur Arbeit in mir. Und ich ganz Aug' und nur Aug' und denk an nichts, nur: da sitzt ein Modell vor dir von einer unerhörten Vollkommenheit, ganz so tadellos in Bau und Linie, wie man sich's nur wünschen und wie es einen Künstler berühmt machen kann.“
 „Und daß dieses Modell ein Weib ist, mein eigenes Weib, welches ich sonst von Herzen lieb habe und welches darunter leidet, dies vergesse ich gona. Ist dies Grausamkeit? Und ich

merke, wie ich wachse; und jede Linie glüht und sitzt, und das Ganze hebt sich immer schöner und immer lebendiger, und ich kann, was ich will, worauf ich gehofft mit allem Zweifel habe, und ein doppelter Triumph ist in mir.“
 „Gar keine Müdigkeit kommt über mich. Denn solange wir einander kennen und haben, es ist doch wieder ganz eine Fremde, die da vor mir sitzt. Immer wieder will sie zusammenfahren und sich duden in sich selber. Das ist ein Reiz mehr. Und ich merke endlich doch, daß ihr der Kopf auf die Schulter sinkt und sie kann sich nicht mehr zwingen, bei all ihrem Willen.“
 „Es ist genug, Sanka.“
 „Sie steht auf und sieht sich an; hilflos um. Und ich wende mich, weil ich sie nun, wo der Rausch vorbei ist, zu versichern anfangen und sie mir innerlich leidt.“ Und wie sie sich anzieht, Stück für Stück, und mir immer vertrauter wird, so bin ich sehr zärtlich zu ihr und mache tausend Dumheiten. Sie geht nicht darauf ein; sie leidet's eben nur: „Es war eine Sünde, Florian!“
 „Ich muß lachen: „Aber, Sanka! Warum hat dich dann Gott so erschaffen?“
 „Sie schüttelt den Kopf: „Ich weiß, es war eine Sünde. Denn was einer in sich so spürt, das soll er nicht tun.“
 „So geh beichten, Sanka! Und der Herr Pfarrer wird dir schon Beiseid geben.“
 „Sie erschrickt ordentlich: „Noch einer soll es wissen?“ und sie tut auf. Der Hund springt an ihr empor, ganz nährlich vor Freunde. Sie streichelt ihn; aber nur so aus der Gewohnheit und ganz verloren.“

„Das wird sich schon geben, den' ich mir. Ich bin wirklich fröhlich und sehe nicht ein, warum ich das denn verstanden soll, und verlege sie wieder damit. Und zu Mittag, wie wir zu Tisch sitzen und ich sehe sie an mit lustigen Augen, so wird sie ganz rot und tastet an sich herum voll Angstlichkeit.“
 „Ich bin in die Stadt gefahren. Denn ich war übermüht, wie nicht mehr, seit ich von der Schule war. Ins Kaffeehaus bin ich gegangen — das am Marktplatz, im ersten Stock, wohin wir uns nicht getraut haben, wegen der Professoren — und hab' Billard gespielt und ein Loch in das grüne Tuch gerissen und hab' zum Schaden auch noch gelacht, daß der Kellerer geglaubt hat, ich bin betrunken oder nährlich. Und beim Spielen hab' ich zugehört, und würdigen Tarotgespielen, die jeden Stück wissen und bereben, wie es sie nur in einer kleinen Stadt gibt, hab' ich gute Ratschläge gegeben, daß sie gern groß geworden wären und sich's nur nicht trauten, und mit jedem, den ich sonst nicht einmal angesehen, hab' ich mich reden gestellt, ganz vertraulich und hab' mich dennoch in mir über ihn lustig gemacht, wie ein richtiger Hausnarr und Lappentwurz, der meint, entweder die Welt ist zu seinem Spah oder er ist zum Spah für die Welt da. Und zum Goldschmied Feivel Grünspan bin ich gegangen. Da hab' ich einmal eine goldene Kette gesehen, feuchiger und alte Arbeit, sehr zart und schmiegfam die Glieder, und wunderhäßne, blutrote Korallen dazwischen und am Schluß ein prächtiges Horn gegen den bösen Blick. Der Feivel hat nicht gewußt, was er da hat, und dennoch war sie mir einmal zu teuer gewesen. Den' hab' ich sie für mein Weib

gelaufen und mir gedacht, wie schön sie sich auf ihr annehmen wird. Ganz heiß ist mir dabei geworden, und ich hab' ihm das Geld mir so hineingeschmissen.“
 „Und im Heimfahren ist mir der Wind entgegengehaust, und ich hab' lachen müssen und an mein angefangenes Bild denken und an meine Kollegen von der Schule, die jeder seither schon seine paar Quadratmeilen gute und unschuldige Leinwand, aus der man nützliche Korvsäde hätte nähen können, mit fünfhaften und unruhigen Farben verfloriert hatten, und was sie für ein bödes Gesicht dazu schneiden werden. Gucken und gucken um einen Fehler, und es ist nicht der mindeste! Das gibt erst den rechten Spah und den wahren Erfolg. Und so ein Gefühl von Kraft ist in mir. Nur zweimal hat es der Mensch so in seinem ganzen Leben: wenn sich ihm das erste Weib und das erste Kunstwerk ganz ergibt, ganz und aus freien Stücken.“
 „Ich geb' ihr mein Geschenk. Und sie dankt. Aber, es war ein Unterschied gegen sonst. Denn sonst, wenn man ihr unerwartet eine Freude gemacht hat, so war sie immer wieder wirklich überrascht, so daß es ihr die Rede verschlagen hat. Ganz innerlich hat sie sich vergnügt, und das Wort hat ihr gefehlt. Nur meine Hand hat sie immer und immer wieder gestreichelt, und in den Augen war das gewisse Sonnenlicht, das ich so sehr geliebt habe und vor dem Stube und Herz warm geworden sind und daß nun für immer erloschen sein muß.“
 (Fortsetzung folgt.)

Die Freiheit der Meinungsäußerung.

Zum Entwurf des neuen Pressegesetzes.
Von Friedrich Austerlitz (Wien).

II.

Alles das wird noch empfindlich verstärkt durch die Einführung des „seelischen Schadenersatzes“, den der Entwurf offenbar aus einer falschen Vorstellung von „Modernität“ aufgenommen hat, und wobei er sich nicht damit begnügt, diesen Schadenersatz als Wirkung der strafgerichtlichen Verurteilung eintreten zu lassen, sondern die Forderung auch zuläßt, wenn eine Ehrenbeleidigung überhaupt nicht vorliegt. Es soll ausreichen, daß eine Behauptung „unwahr ist, oder, wenn sie wahr ist, das Privatleben“ betrifft, um den Betroffenen zu dem Anspruch zu berechtigen, daß ihm nicht etwa bloß der erwiesene materielle Schaden ersetzt werden, sondern daß ihm auch ein Schadenersatz in Geld für den Nachteil, der nicht materieller Natur ist, wie seelischer Schmerz, Herabsetzung des Ansehens und so weiter gewährt wird. Das wäre wohl eine wahrhaft furchtbare Belastung der Presse; sie müßte zu einer wahren Bedrohung jeglicher Pressefreiheit führen. Man vergegenwärtige sich nur die Sachlage. Von Angriffen in der Zeitung ist schließlich niemand erfreut, und den „seelischen Schmerz“ den ein Zeitungsangriff ihm bereitet habe, wird sicherlich jeder ins Treffen führen können. Auch pflegen Angriffe in der Presse nicht zur Erhöhung des Ansehens derjenigen erhoben zu werden, deren Handlungsweise man offensichtlich zu kritisieren unternimmt. Es ist nun klar, daß die Zulässigkeit einer derartigen Klage auf „seelischen Schadenersatz“ wie ein Damoklesschwert über der Presse schweben würde und die Befürchtung einer solchen Klage zu verfallen, die Zeitungen von der öffentlichen Kritik abhalten, diese geradezu gänzlich unterdrücken würde. Aber eine Presse, der die öffentliche Kritik unmöglich gemacht wird — vor ihren Ausschreitungen schützt das Strafgesetz — ist unfrei, wenn die Kritik unterbunden wird, hat die Pressefreiheit aufgehört. Durch diese Bestimmung würde das politische Leben, das die Freiheit der Kritik nicht entbehren kann, schlechthin gelähmt werden. Dabei sind alle die Klatschen, die der Entwurf da vorzusehen scheint, ohne jeden Wert. Der Inhalt muß unwahr sein. Aber in der realen Welt sieht es nicht so, daß alles nur wahr oder unwahr sein kann; die Grenzen sind fließend, eine Behauptung kann in einem wesentlichen Teil wahr sein und doch in ihrer Totalität das Begriffsmerkmal der Unwahrheit zulassen. Wenn sie wahr ist, darf sie das Privatleben nicht betreffen. Nun wird sich sicherlich ohne stärkste Nötigung kein anständiger Journalist in das private Leben von Menschen mischen, wenn gleich gerade solche „Journalisten“ oft die Vögel des bourgeoisen Publikums sind; aber daß diese Nötigung nicht eintreten könnte, daß auch das private Leben höchst zweideutige Dinge bergen kann, wie zum Beispiel schlechte Behandlung von Hausgenossen, Übertretung von Ernährungsvorschriften, ja selbst der Kontrast zwischen dem heimlichen Weintrinken und dem öffentlichen Wasserpredigen, daß also es nie sittlich berechtigt sein könnte, Wahrheiten über das private Leben zu sagen, wird man doch nicht behaupten können. Daß die Veröffentlichung straflos wird, wenn sie in offenbar öffentlichem Interesse erfolgt“ ist natürlich auch kein Schutz, weil eben über dieses „öffentliche Interesse“ jede Klasse anders denkt; der gute Bürger trachtet schließlich alles als Privatleben, weil er sich für seine Aufführung eben jeder Verantwortlichkeit entziehen fühlt. Alles in Allem: dieser seelische Schadenersatz würde sich für die Presse, und das vielleicht am meisten für die unabhängige und aufrechte Presse, die je die Trägerin der öffentlichen Kritik ist, als eine derart tödliche Maßregel herausbilden, daß sie alle Reformen des Entwurfes weit aus der Welt wegwägt.

Nicht minder ansehbar sind die Ausnahmestimmungen des Entwurfes, die den Druckschriften „unfittlichen Inhalts“ gelten. (§§ 29.—32.) Bei dem Ueberhandnehmen der Kolportageliteratur und ihrer Schädlichkeit für die Jugend kann man sich unter Umständen damit begnügen, daß zu ihrer Bekämpfung administrative Maßnahmen ergriffen werden, zumal da gegen diese Literatur, die die Jugend vergiftet, ohne daß sie gegen einen Paragraphen des Strafgesetzes verstoßen würde.

Proletarischer Kampf gegen den Krieg.

Berlin, 20. November. Am 15. und 16. November fand in Amsterdam eine vom Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes einberufene und geleitete internationale Konferenz der Verbandssekretariate der Transport-, Berg- und Metallarbeiter statt. Die Konferenz besprach die Weltlage mit besonderer Berücksichtigung der aufs neue drohenden Kriegsgefahr. Die Auffassungen und Beschlüsse der Konferenz wurden in drei Resolutionen niedergelegt. In der ersten Resolution heißt es: „In Anbetracht der Tatsache, daß die reaktionären und militaristischen Bestrebungen in der ganzen Welt im Zunehmen sind und ein neuer Krieg unausweichlich ist, wenn nicht die Arbeiterklasse aller Länder in voller Einheit und Einmütigkeit Front macht gegen die von der kapitalistischen Klasse drohende Gefahr, richtet die Konferenz an die Arbeiter aller Länder den dringenden Appell, neben dem gegen die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen gerichteten Abwehrkampf ihre Aufmerksamkeit und alle ihre Energie vor allem der Bekämpfung des Kapitalismus selbst und dem mit ihm untrennbar verbundenen Militarismus zuzuwenden. Im Hinblick auf diesen Zweck appelliert die Konferenz an die Arbeiter aller Länder, sich zu einer Macht zusammenzuschließen, die imstande ist, im Falle drohender Kriegsgefahr, unter der Leitung des Internationalen Gewerkschaftsbundes, durch sofortige Proklamation des internationalen Generalstreiks den Ausbruch des Krieges zu verhindern. In Erwägung der Tatsache, daß ein Krieg ohne das Funktionieren der Transportbetriebe, des Bergbaues und der Metallindustrie nicht geführt werden kann, ist die Konferenz der Meinung, daß es in erster Linie

mit dem Strafgesetz eben nichts zu erreichen ist. Man könnte also zustimmen, daß die Verbreitung der schädlichen Kolportageliteratur an junge Menschen, etwa unter achtzehn Jahren, so weit es nur geht, erschwert werde, also daß der Verkauf an Jugendliche verboten und daß sie von besonders günstigen (und darum gefährlichen) Arten der Verbreitung, wie denen in Trafsiken und auf Straßen überhaupt ausgeschlossen wird. Aber der Entwurf geht hier entschieden zu weit. Er begnügt sich nicht mit dem Verbreitungsverbot, sondern führt für Druckschriften „unfittlichen Inhalts“ im Grunde das altösterreichische objektive Verbot — polizeiliche Beschlagnahme und Verbot der Weiterverbreitung — im vollen Ausmaß ein. Er geht sogar darüber hinaus: wenn „erschützlich“ ist, daß ein Druckwerk „dauernd die Unzucht fördert oder die öffentliche Sittlichkeit verderbt und verzieht“, so kann es zur Gänze eingestellt, ihr weiteres Erscheinen verboten werden. Hier ist vor allem zu sagen, daß die Bekämpfung der Unfittlichkeit, auch wenn sie durch die Presse begangen wird, nicht Aufgabe des Strafgesetzes, sondern des Strafgesetzes ist, und daß diese „objektive“ Bekämpfung wohl nur deshalb gewählt wird, um den Weg vor das Geschworenengericht vermeiden zu können — wie überhaupt die tschechische Demokratie zu den Volksgerichten nicht viel Vertrauen zu haben scheint. Nun ist es gewiß richtig, daß es Zeitungen gibt, wahrscheinlich in Prag so wie in jeder Großstadt, die von der Erweckung des erotischen Reizes Leben und dabei vielleicht über die Grenze gehen die der gute Geschmack verbietet, also vulgäre „Pflanzen“ sind, an denen die Kunst nichts gewinnt, wenn sie erscheinen, nichts verliert, wenn sie verschwinden. Dennoch darf nicht übersehen werden, daß der Begriff des „Unzüchtigen“ ungemein schwankend ist, daß nur Heuchler und Pharisäer die Möglichkeit künstlerischer Behandlung des Erotischen leugnen können, daß damit also auch scherzhafte Laune und wirkliche Kunst getroffen werden könnte und einem Rudertum Tür und Tor geöffnet würde, das in seiner Unbuddsamkeit und Weltfremdheit Unheil anrichtet als bei diesen beharrlichen Feldzügen — man denke an die abtarnen Fehden gegen den harmlosen „Neigen“ — die arme Sittlichkeit schließlich gewinnt. Strafgesetzliche Bestimmungen im Strafgesetz sind eben vorweg verächtlich.

Zu den Mängeln in der Anerkennung der Freiheit der Meinungsäußerung gehört es auch, daß der sogenannte Zeugniszwang für die an der Herstellung der Druckschrift Beteiligten nur unzulänglich beseitigt wird. Im Antrage der verantwortlichen Personen: statt von dem Zwang in Hinblick aller beschuldigten Personen be-

pflicht der Arbeiter dieser Industriezweige ist, die Propaganda gegen Reaktion und Militarismus unter dem ganzen Aufgebot ihrer Kräfte zu führen und ihre ganze wirtschaftliche Macht aufzubringen, um eine Wiederholung der Menschenschlächtere in der Welt zu verhindern.“

Die zweite Resolution hat folgenden Wortlaut: „Die Konferenz des Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes, die im Namen von 24 Millionen organisierten Arbeitern spricht, richtet einen dringenden Aufruf an alle Organisationen, die bereit sind, Krieg und Militarismus tatsächlich zu bekämpfen; sie fordert sie auf, zur Bekämpfung eines neuen Weltkrieges alle ihre Kräfte mit denjenigen der organisierten Arbeiter zu vereinigen. Die Konferenz wendet sich besonders an die Millionen von Frauen und Mütter, deren Männer und Söhne in einem neuen Kriege ihr Leben lassen müßten. Sie fordert sie auf, sich zu organisieren und Schulter an Schulter mit den im Internationalen Gewerkschaftsbund organisierten Arbeitern den Militarismus zu bekämpfen und einen neuen Krieg unmöglich zu machen.“ Die dritte Resolution beschäftigt sich mit der Frage eines Zusammengehens der im Internationalen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Arbeiter mit den anderen in Betracht kommenden Organisationen, um im Falle eines drohenden Krieges den Generalstreik zu proklamieren und durchzuführen. Die definitiven Maßregeln wird der im April 1922 in Rom zusammengetretene Internationale Kongress zu beraten haben. Bis dahin beschließt die Amsterdamer Novemberkonferenz die Schaffung eines provisorischen Internationalen Komitees.

freit zu werden, brauchen sie nur kein Zeugnis abzulegen, wer den beanständeten Inhalt „geschrieben oder der Zeitung geliefert hat“; über die Frage, wer den Inhalt zum Druck befördert hat, müßten sie darnach ausfragen. Diese Einschränkung ist vielleicht nur eine Ungeheuerlichkeit der Formulierung; schlimmer und kennzeichnender ist die Einschränkung, daß die Befreiung vom Zeugniszwang aufhört, wenn es sich um eine Verfolgung solcher Verbrechen handelt, „welche gegen den Bestand und die Gesamtheit des Staates und gegen seine Wehrmacht gerichtet sind.“ Das wären also die hochpolitischen Verfolgungen; gerade hier ist aber der Zeugniszwang besonders odios, gerade hier ist er der Zwang zur Denunziation, also eine Unfittlichkeit und Barbarei. Derlei Bestimmungen offenbaren dem fernstehenden Betrachter, daß bei den tschechischen Machthabern der Republik eine Ueberspannung des Bewußtseins vom Staate herrschend geworden ist, wie sie einstmal das Charakteristikon der preussischen Staatsverherrlicher gewesen ist, die aber einer Demokratie wenig zient.

Ueber einige wichtige Fragen eines Pressegesetzes soll noch in einem abschließenden Artikel gesprochen werden.

Inland.

Die Zensurhande. Das „Volkswacht“, unser Preßburger Parteiblatt, bringt eine Notiz, die so beginnt:

Der „Sozialdemokrat“ über die Preßburger Zensur. Unser Prager Zentralblatt schreibt über die Tätigkeit des Preßburger Zensors folgendes:

Was nun aber folgt, das ist nicht unsere Kritik der Tätigkeit des Preßburger Zensors, sondern ein großer weißer Fleck. In Prag halten wir doch schon so weit, daß auch über Seine Majestät den Zensor ein Wort der Kritik gesagt werden kann, in Preßburg aber duldet so etwas der Zensor nicht, und unbekümmert um alle Weisungen des Justizministers beschlagmahnt er die in Prag anstandslos gedruckte Kritik. Preßburg: das ist wie ein Putsch in Alesinasin, wer braucht sich dort um solche Dinge wie Pressefreiheit zu kümmern!

„Die neuen Einnahmequellen für die Gemeinden genügen nicht.“ Am Sonntag fand in Prag der zweite Kongress der autonomen Funktionäre der tschech. sozialistischen Partei (Nationalsozialisten) unter Beteiligung von 293 Delegierten und unter dem Vorstehe des Bürgermeisters von Prag, Dr. Karl Baxa, statt. Nach einem Referate Dr. Mlajpas wurde nachstehende Resolution angenommen: „Die durch die Gesetze vom 12. August 1921 Nr. 324 und 529 der Slg. d. Ges. u. Vdg. geschaffenen neuen Einnahmequellen genügen nicht, und haben den überforderten Kommunen keine genügende finanzielle Erleich-

terung gebracht. Die Vertreter der sozialistischen Parteien haben die Gebahrung der Kommunen in einem durch die Kriegsverhältnisse zerrütteten Zustande übernommen, an dem in gewissem Maße die vor dem Umsturz am Ruder befindlichen Mitglieder der Kommunalvertretungen schuld sind. Außer der Forderung neuer Finanzquellen stehen die Versammelten an, daß das kommunale Finanzsystem auf eine ganz neue Grundlage gestellt werde.“ In dieser Resolution ist soviel richtig, daß die Schuldhaftigkeit der Gemeinden trotz der Sanierungsaktion weiter geht. Eine kühne Behauptung ist es aber, daß an allem der Krieg und die früheren Gemeindevertretungen schuld sind.

Eine „Hier“-Affäre. In Troppau wurde dieser Tage ein Soldat bestraft, weil er sich aufstößig mit „Ide“ mit „Hier“ meldete. Die Troppauer „Deutsche Post“ berichtete darüber, doch kaum war die Notiz erschienen, so wurde der Soldat verhaftet und dem Divisionsgericht eingeliefert. Die Verhaftung veranlaßte der deutsche Hauptmann Kramer. Das alte Oesterreich ist also sogar schon bis auf die „Ide“-Affären glücklich wiederhergestellt. Früher wurde das „Ide“ bestraft, nun ist es das deutsche Wörtchen „Hier“, das deutsche Reservisten ins Loch bringt. Aber im Abgeordnetenhause sagte jüngst ein tschechischer Abgeordneter: „Wir haben keinen Militarismus!“

Das „Rude Pravo“ über die proletarischen Einigungsbestrebungen im Reich. Die Bildung der proletarischen Einheitsfront im Deutschen Reich findet ihren Widerhall im Abendblatt des „Rude Pravo“ vom Montag. Das Blatt schreibt, nachdem es unsere Meldung über die von der U. S. P. D. betriebene Einigung der deutschen Arbeiterschaft reproduziert hat, daß es im Hinblick auf die großen und schweren wirtschaftlichen und sozialen Kämpfe, welche der Arbeiterschaft bevorstehen, unbedingt notwendig sei, eine einheitliche Front des Proletariates zu erzielen. Mit Rücksicht auf die Kämpfe der Ostrauer Bergarbeiter muß das Bestreben nach Schaffung einer proletarischen Einheitsfront bei uns in kürzester Frist feste Formen annehmen.

Tages-Neuigkeiten.

„Standesgemäß“. „Sie müssen „standesgemäß“ leben!“ sagt man von Leuten, deren einziger Stand es ist, in einer gut ausgestatteten, mit Samt und Seide angelegenen und womöglich mit einem Fürstentum gezierter Wiege gelegen zu haben. Das Komteschen, das den ganzen Tag vor dem Spiegel sitzt, wenn es nicht eben flirrt, das sporenstirrende Gräfinlein mit dem Schleppefächer, der monatelangende „Ach, ah...“ schmarrende Diplomat unseligen Andenkens, sie alle hatten und haben den einzigen Lebenszweck, ihr überflüssiges Dasein „standesgemäß“ totzuschlagen. Die edle Reiche schläft nun als ihr würdiger Vertreter der Krone mit dem weltgefährlichen Fenerzeug, Karl von Habsburg. Damit er „standesgemäß“ lebe, müht sich ganz besonders die englische Regierung, ihm, der soeben auf Bunchal angelangt ist und dort streng bewacht wird, zwanzigttausend Pfund Sterling jährlich zuzuschlagen. Welchem seiner ehemaligen „Stände“ diese Summe entsprechen soll, wissen wir nicht. Am ehesten dem Stand des Champagner- und Likörvertüglers, dessen verwöhnter Beschmaad freilich manches Goldstückes bedarf. Ober braucht Karl so viel, weil die erhöhten Portokosten in Zukunft weitere Zigaretten so sehr verteuern? Oder muß er seine Ehrenworte in Gold montieren, damit sie ihm jemand glaubt? Oder soll er sich eine Skantion für dermalinist zu stehende Flugschiffe zusammensparen? Wie gesagt, der Zweck ist unklar und nur soviel steht fest: Unferneus muß sich um jeden roten Heller Geldes die Seele aus dem Leib radern. Will er es nicht, verreckt er auf dem Mist. Der gekrönte Nichtstuer aber soll, weil er keine Anlagen außer einer bornierten Frömmigkeit und intriganter Frechheit auf die Welt mitbekam und weil er nichts gelernt hat als „regieren“, dieser Parast der Gesellschaft also soll vom arbeitenden Teil der Menschheit in seinem leeren Lugsdasein erhalten werden. Die „Daily Mail“ sträubt sich, daß dies auf Englands Kosten geschehe. Das Proletariat der von Karls Ueberheit tödlich verwundeten Nachfolgerstaaten wird sich mit noch besserem Grunde weigern, seinem gewissenlosen Verderber „auch nur einen Penny“ für ein fuselndes Ansehensdasein zur Verfügung zu stellen. Seinem „Stand“ als Nichtstuer gemäß gehört er — auf den Mist.

Der entkräftete „Vorwärts“. In Ermangelung anderer Entkräftungsmittel haben sich der Reichsberger „Vorwärts“ und die Kuffiger „Internationale“ einen neuen kommunikativen Sport angelegt. Täglich suchen sie den Infanterie unserer Parteiblätter ab und wenn sie irgendwo ein Inserat entdecken, in dem ein